



HAL
open science

“ Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution ”

Dorota Dakowska

► **To cite this version:**

Dorota Dakowska. “ Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution ”. *Archiv für Sozialgeschichte*, 2005, vol. 45, p. 325-352. halshs-00266908

HAL Id: halshs-00266908

<https://shs.hal.science/halshs-00266908v1>

Submitted on 25 Mar 2008

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Dorota Dakowska

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution

Die deutschen politischen Stiftungen stellen ein ziemlich einzigartiges Phänomen dar, das mit den Grenzen der gesellschaftlichen, politischen bzw. parteipolitischen Prozesse keineswegs immer identisch ist. Ihre Aufgaben beziehen sich auf Studienförderung, Stipendienvergabe (auch an Wissenschaftler des Auslands), politische Bildung, Politikberatung und Archivierung von Materialien der politischen Parteien sowie der diesen Parteien nahe stehenden Personen und Verbänden. Obwohl die gesellschaftliche Dimension wichtig ist und von den Stiftungsvertretern gern bei ihrer Selbstdarstellung vor alle anderen Aspekte gestellt wird, darf in einer wissenschaftlichen Analyse ihrer Arbeit die politische Dimension nicht außer Acht gelassen werden. Es soll deshalb versucht werden, bei der Untersuchung ihrer Tätigkeit innerhalb des Ost-West Dialogs die gesellschaftlichen, politischen und institutionellen Aspekte gemeinsam zu betrachten. Gerade dieser mehrdimensionale Charakter, ihre Position an einer Schnittstelle zwischen Außen-, Entwicklungs- und Parteipolitik bildet die Besonderheit der politischen Stiftungen.¹

Charakter und internationale Arbeit der deutschen politischen Stiftungen wurden bereits in juristischen² und politikwissenschaftlichen³ Beiträgen sowie in Selbstdarstellungen⁴ analysiert. Ihr Engagement in mittel- und osteuropäischen Ländern blieb dagegen noch unerforscht und die Vorgeschichte ihres Engagements in dem sogenannten Transformationsprozess ist kaum bekannt. In der Tat wird meistens der Anfang der Stiftungstätigkeit in Polen auf die Jahre 1989–1990 festgelegt, als die ersten offiziellen Auslandsvertretungen in der Region eröffnet wurden.⁵ Deshalb wird hier versucht, die weit älteren Kontakte der deutschen politischen Stiftungen in Polen zu historisieren und zu kontextualisieren. Dies soll in einer möglichst interaktiven Weise erfolgen, damit nicht nur die konkreten Projekte und ihre politische Bedeutung hervorgehoben, sondern auch die gegenseitige Wahrnehmung auf deutscher und auf polnischer Seite thematisiert werden. In der Tat eignet sich das Objekt besonders für den Versuch einer »verflochtenen Geschichte« (*his-*

1 Der folgende Beitrag stützt sich auf die Dissertation der Verfasserin unter dem Titel *Les fondations politiques allemandes dans la politique étrangère: de la genèse institutionnelle à leur engagement dans le processus d'élargissement de l'UE*, die am Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) vorbereitet wird. Für die Lektüre der ersten Version dieses Textes bedanke ich mich bei Frau Dorota Cygan und bei Herrn Dr. Jan C. Behrends.

2 Heike Merten, *Parteinaher Stiftungen im Parteienrecht*, Baden-Baden 1999; Michael Sikora, *Politische Stiftungen – vita activa der Parteipolitik oder vita contemplativa der politischen Erkenntnis?*, Bochum 1997.

3 Henning von Vieregge, *Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hans-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1977; Maximilian Schürmann, *Zwischen Partnerschaft und politischem Auftrag. Fallstudie zur entwicklungspolitischen Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Saarbrücken 1989, S. 20. Ute Pascher, *Die deutschen parteinahen politischen Stiftungen – hybride Organisationen in der Globalisierung*, Berlin 2002.

4 Josef Thesing (Hrsg.), *In der Welt und für die Welt. 40 Jahre Internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte*, Sankt Augustin 2002.

5 Vgl. Piotr Madajczyk, *Fundacje niemieckie działające w Polsce*, in: *Rocznik polsko-niemiecki* 1997, Nr. 6, 1998, S. 174–179.

toire croisée).⁶ Die Verflechtung bezieht sich sowohl auf das Objekt als auch auf die Verbindung von disziplinären Herangehensweisen, Quellen und Sprachen. Was die analysierte Figuration angeht, werden die unterschiedlichen Wahrnehmungen der teilnehmenden Akteure, vor allem die der deutschen Stiftungsvertreter und ihrer polnischen Partner, in Betracht gezogen. Hinzu kommen die Ebene der politischen und administrativen Hierarchie sowie, am Rande, die Ebene der ostdeutschen und der polnischen Geheimdienste mit ihrer besonderen Sicht und Sprache. Die politische Ebene wird in die Analyse miteinbezogen, weil sie einerseits als Beschränkung oder Hindernis, andererseits als Opportunitäts- und Legitimierungsfaktor erscheint. Es soll hier der prozessuale Charakter der beobachteten Zusammenhänge unterstrichen werden, weil die Annäherung nicht unbedingt linear und spannungslos erfolgte. Obwohl eine retrospektive Rekonstruktion aus heutiger Sicht vermieden werden soll, kann bei einer reflexiven Arbeit keine künstliche Trennung zwischen dem Forscher und dem Objekt gezogen werden.⁷ Es wird daher versucht, bestimmte Kategorien, wie die »Normalisierung«, zu rekonstruieren, da die Vorstellungen von ihr nicht homogen waren. Was die Skala der analytischen Mittel betrifft, werden die Methoden variiert.⁸ Die makropolitische Ebene ist präsent, indem sie den Kontext und die Struktur der politischen Möglichkeiten für die analysierten Personen bildet, darüber hinaus aber werden auch die individuellen Interaktionen auf der Mikroebene analysiert.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung wird in diesem Beitrag die meiste Aufmerksamkeit gewidmet, da sie unter den deutschen politischen Stiftungen die erste war, die noch in der Anfangsphase der Ostpolitik ihre Tätigkeit in Polen aufnahm. Es scheint aber nicht desto weniger wichtig, die anderen Stiftungen mit einzubeziehen, vor allem die Konrad-Adenauer-Stiftung, die in den Achtzigerjahren in ein gewisses Konkurrenzverhältnis zu der Friedrich-Ebert-Stiftung trat. Es geht auch darum, die entstandenen Affinitäten und Loyalitäten zu hinterfragen, aber auch gewisse Erschwernisse und Spannungen, die manche Beziehungen bis in die Zeit nach 1989 belastet haben. Dies erlaubt, das Moment des Systemwechsels zu relativieren, indem bestimmte Kontinuitäten in die Analyse einbezogen werden, ohne dass die Vergangenheit als deterministisch betrachtet wird. Die Fortentwicklung der Tätigkeit der Stiftungen in Polen nach 1989 wird hier dagegen nur am Rande erwähnt, um den Rahmen der Ausführungen nicht zu sprengen.⁹

Dieser Beitrag wäre ohne persönliche Kontakte und den Rückgriff auf schriftliche Quellen aus dieser Periode nicht möglich gewesen. Ich möchte mich deshalb in erster Linie bei den entsprechenden Mitarbeitern der Stiftungen bedanken, die mir mehrfach für Interviews zur Verfügung standen und Einsicht in ihre Hand-Akten ermöglichten.¹⁰ In Polen sind den Forschenden dank der Öffnung des Archivs des Instituts für Nationales Gedächtnis (IPN) seit kurzem Materialien der polnischen Geheimdienste zugänglich, was

6 Das Konzept der *histoire croisée* wurde in Frankreich von Michael Werner und Bénédicte Zimmermann entwickelt und als »Familie der beziehungsbezogenen Herangehensweisen« beschrieben (*shared history, connected history, transnationale Geschichte*). Vgl. *Michael Werner/Bénédicte Zimmermann* (Hrsg.), *De la comparaison à l'histoire croisée*, Paris 2004.

7 Ebd.

8 *Jacques Revel*, *Micro-analyse et construction du social*, in: *ders.* (Hrsg.), *Jeux d'échelles. La micro-analyse à l'expérience*, Paris 1996, S. 15–36.

9 Für die Zeit ab 1989 vgl. *Dorota Dakowska*, *Les fondations politiques allemandes en Europe centrale*, in: *Critique internationale* 24 (2004), S. 139–157.

10 Dies sind vor allem die für Polen zuständigen Referenten: Klaus Reiff und Klaus-Peter Schneider, deren Handakten ich einsehen durfte, sowie Herr Prof. Friedhelm Boll von der Redaktion des AfS für seine vielfältige Vermittlung. Von polnischer Seite sprach ich insbesondere mit Herrn Prof. Marcin Kula, Herrn Prof. Andrzej Paczkowski und Herrn Prof. Mieczysław Tomala. Für die dargestellten Hypothesen und Schlussfolgerungen bin ich natürlich allein verantwortlich.

die Quellenbasis beträchtlich erweitert.¹¹ Es konnten darüber hinaus die Nationalen Archive, darunter das Archiv der Neuen Akten (AAN) eingesehen werden, wo seit 1990 Materialien der PVAP sowie der ihr unterstehenden Organisationen in breitem Umfang zugänglich sind.

I. DIE GRUNDZÜGE DES ENGAGEMENTS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN POLEN

In Deutschland kam der wesentliche Impuls, die Beziehungen mit den Ländern des sowjetischen Blocks auf eine neue Basis zu stellen, mit dem Anfang der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel auf. Der Abschluss der Ostverträge erlaubte es, diplomatische Beziehungen mit mehreren Ländern aufzunehmen und einen Prozess der Annäherung auf der gesellschaftlichen Ebene zu beginnen.¹² Der deutsch-polnische Vertrag, der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterschrieben und mit dem berühmten Besuch Willy Brandts verbunden wurde, schuf eine neue Basis für die staatliche wie die gesellschaftliche Annäherung.¹³ Da bei der Regelung der bilateralen Fragen auf Gewalt und territoriale Ansprüche verzichtet wurde, bedeutete der Vertrag de facto die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze. In diesem Kontext wurde die Normalisierung der bilateralen Beziehungen für die deutsche wie für die polnische Regierung zu einem wichtigen Schlagwort. Die Intensivierung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen wurde als Ziel festgesetzt. Dabei ging es aber von Seiten der Bundesrepublik auch darum, die Mobilität der deutschstämmigen Bevölkerung östlich der Oder zu erleichtern, deren Existenz die kommunistischen Regierungen leugneten.¹⁴

1. Der politische Kontext als entscheidender Faktor

Erst die Ostverträge bildeten den Rahmen, in dem sich die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung entfalten konnten. Dabei muss bemerkt werden, dass der Weg zur Ostpolitik eine lange Vorgeschichte hatte, denn die sozialdemokratischen Ideen von Entspannung und Normalisierung sind bereits in den Sechzigerjahren ausgereift und sondiert worden.¹⁵ Auch die ersten Versuche der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kontakte in Polen anzuknüpfen, fanden bereits vor 1970 statt. Die erste Erwähnung solcher Kontakte können wir auf das Jahr 1968 datieren, als die Friedrich-Ebert-Stiftung versuchte, durch zwei

11 *Agnès Bensussan/Dorota Dakowska/Nicolas Beaupré* (Hrsg.), *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizei in Polen und Deutschland nach 1989*, Essen 2004.

12 Der Vertrag mit der UdSSR wurde im August 1970 unterzeichnet, der mit der DDR im Dezember 1972 und der mit der Tschechoslowakei ein Jahr später.

13 Die symbolische Geste des Kanzlers vor dem Denkmal der »Helden des Ghettos« in Warschau wurde in die deutsche kollektive Erinnerung fest eingeschrieben. Vgl. *Adam Krzemiński*, *Der Kniefall*, in: *Etienne François/Hagen Schulze* (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2002, Bd. I., S. 638–653.

14 *Dieter Bingen*, *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949–1991*, Krakau 1997, S. 138–142.

15 Willy Brandts und Egon Bahrs Konzepte vom Wandel durch Annäherung wurden bereits 1963 an der Evangelischen Akademie Tutzing dargestellt. Für manche Autoren sind die Ursprünge der Ostpolitik in den 1950er-Jahren zu suchen. Vgl. *Wolfgang Schmidt*, *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: *VfZ* 51 (2003), S. 521–563.

ihr nahe stehende Personen Kontakte zu Lehrer- und Verlegerkreisen in Polen anzuknüpfen.¹⁶

Die Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung beriefen sich auf den Rahmen der Ostverträge, um ihn mit Inhalt auszufüllen. Da die Normalisierung als Wunsch bzw. Postulat von beiden Regierungen formuliert wurde, konnte die Friedrich-Ebert-Stiftung als SPD-nahe Stiftung den Anspruch erheben, dieses Ziel zu realisieren. Obwohl die Außenpolitik nicht automatisch mit der Parteipolitik gleichgestellt werden kann, erlaubt die Besonderheit der deutschen politischen Stiftungen von einer parteipolitisch geprägten ›Nebenaußenpolitik‹¹⁷ zu sprechen, im Sinne einer Ergänzung der deutschen Außenpolitik. Am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen kann daher die von Bernd Faulenbach gestellte Frage untersucht werden, »was das Sozialdemokratische der Deutschland- und Außenpolitik«¹⁸ der Siebzigerjahre war. Soll aber die Friedrich-Ebert-Stiftung als Instrument verstanden werden, mit dem die Politik der Regierung auf gesellschaftlicher Ebene realisiert werden sollte, wie es manchmal behauptet wird? Eine nähere Betrachtung der Zusammenhänge widerspricht derartigen teleologischen bzw. eindimensionalen Deutungen.

Bei der Analyse der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik müssen externe Determinanten miteinbezogen werden. Die Beschränkungen, die mit der Lage der polnischen und westdeutschen Gesprächspartner in zwei antagonistischen Blöcken zusammenhängen, werden an dem politischen Druck sichtbar, den ostdeutsche Sicherheitsorgane auf polnische ›Genossen‹ ausgeübt haben. In der Tat wurden Besuche westdeutscher Politiker, Gewerkschafter wie auch Stiftungsvertreter in Polen nicht nur von polnischen Geheimdiensten, sondern auch durch das ostdeutsche Ministerium für Staatssicherheit beobachtet. Die Stasi, die generell wegen der »ideologischen Schwäche«¹⁹ der PVAP beunruhigt war, bezeichnete die Tätigkeit der Stiftung als einen Beweis für deren »politisch-ideologische Diversion«²⁰, für die »Verbreitung des Sozialdemokratismus« sowie für die »Unterstützung des Revisionismus.«²¹ Die Reaktion polnischer Gesprächspartner auf die Vorschläge der deutschen Stiftungen muss daher im Kontext ständiger Spannung gesehen werden: zwischen dem Anspruch, Kontakte mit der kapitalistischen Welt zu entwickeln und dem Druck, die Funktion eines ›brüderlichen‹ und loyalen Mitglieds des Warschauer Paktes zu erfüllen.

16 Notatka służbowa (Dienstnotiz), Warschau, 25 März 1968, Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN), IPN 04 048/234, K. 11. Der in Polen getroffene Herr S., Parteimitglied und Redakteur in einer Zeitschrift für Berufsschulen, der von der Ebert-Stiftung zu den Festlichkeiten anlässlich des 150. Geburtstags von Karl Marx nach Trier eingeladen wurde, hat sich bei der Polizei gemeldet und über die Einladung berichtet. Durch Nachforschungen hat die Polizei herausgefunden, dass noch andere Einladungen existierten und sie hat folglich die Ausreise der ganzen Delegation – im Kontext der antisemitischen Kampagne der polnischen Regierung – verhindert.

17 *Franz Nuscheler*, Denkfabriken oder diplomatische Hilfstruppen. Die Politischen Stiftungen der Parteien und ihre Auslandsarbeit, in: *Dietrich Weirich* (Hrsg.), Auftrag Deutschland nach der Einheit. Unser Land der Welt vermitteln, Mainz 1993, S. 231.

18 *Bernd Faulenbach*, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?, in: AfS, 44 (2004), S. 1–37.

19 *Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski* (Hrsg.), PRL w oczach Stasi. Dokumenty z lat 1971, 1980–1982, Bd. 1, Warschau 1995, Einführung, S. 12.

20 Cf. Koncepcja (tezy) do rozmów towarzysza ministra [Ericha Mielkego] z czołowymi przedstawicielami polskich organów bezpieczeństwa, sierpień 1971, in: *Borodziej/Kochanowski*, S. 22.

21 Ebd., S. 23.

2. Die Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein gesellschaftlicher Akteur im Spannungsfeld der Ostpolitik?

Obwohl sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auf den deutsch-polnischen Vertrag und auf ihre Beziehungen zu führenden SPD-Kreisen berief, war sie kein direktes Instrument der SPD-Regierungen. Vom Anfang ihrer Auslandsarbeit Ende der Fünfzigerjahre an verfügte sie wie auch andere parteinahe Stiftungen über einen eigenen Handlungsspielraum. Es gilt aber zu erforschen, wie es der Stiftung gelungen ist, dank ihrer strategischen Positionierung politische Kontakte in Polen anzuknüpfen und andererseits, wie sie von den politischen Entscheidungsträgern in den beiden Ländern wahrgenommen wurde.

Als die Stiftung 1971 offiziell mit ihrer Arbeit in Polen begann, war dies, so scheint es, eher das Ergebnis der Initiative einzelner Mitarbeiter als eine geplante und koordinierte Strategie der Partei oder der Regierung. Dass die einzelnen Aktivitäten in Polen nicht mit der SPD-Führung abgesprochen waren, spricht für die Hypothese einer weitgehenden Autonomie der Stiftung. Dies schließt gleichzeitig die These aus, dass es einen ausdrücklichen Auftrag der Brandt-Regierung gegeben hat. Die SPD wurde über den Kontaktversuch und auch über weitere Maßnahmen²² informiert, doch ihr Interesse hielt sich in Grenzen. Es liegt nahe, dass es in den Siebzigerjahren für die SPD-Außenbeziehungen andere regionale Prioritäten gab. Nicht nur dass die Deutschlandpolitik an erster Stelle stand: Die Polenpolitik war der Politik gegenüber der UdSSR untergeordnet, und die SPD war wie die Friedrich-Ebert-Stiftung im internationalen Bereich sonst mit der Demokratisierung Spaniens und Portugals sowie mit den Entwicklungen in Lateinamerika beschäftigt.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen entwickelte sich nicht linear und kontinuierlich steigend, sondern durch vorsichtige und allmähliche Annäherungsversuche. 1971 wurden zuerst Kontakte mit der polnischen Interpress Agentur (*Polska Agencja Interpress*) geknüpft.²³ 1973 versuchte der für Polen zuständige Vertreter der Stiftung, Klaus Reiff, auch mit dem Verein der Polnischen Journalisten (SDP) Kontakte anzuknüpfen, wobei sogar ein Vertragstext verfasst wurde.²⁴ Dies erwies sich jedoch seitens der offiziellen polnischen Seite als unerwünscht, so dass die Stiftung weiterhin Kontakte nur mit der offiziellen Vorzeige-Agentur pflegen konnte. 1971 wurde auch der erste Kontakt mit der Posener Westinstitut (*Instytut Zachodni*) etabliert, auch wenn die erste gemeinsame Konferenz erst drei Jahre später stattfand. In der darauf folgenden Zeit kam das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (*Polski Instytut Spraw Międzynarodowych*, PISM) dazu, eine Forschungseinrichtung beim polnischen Außenministerium, das im Laufe der Zeit zum wichtigsten politischen Partner der Stiftung wurde, aufzubauen. Obwohl der erste Besuch eines Vertreters der Friedrich-Ebert-Stiftung, Klaus Reiff, beim PISM 1971 stattfand²⁵,

22 Brief von S. Bangert, dem Leiter der Internationalen Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, an Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, Bonn, 15. April 1977, Handakten K.-P. Schneider.

23 *Polska Agencja Interpress* wurde 1967 gegründet. Sie hatte als Ziel, Informations- und Propagandatätigkeit gegenüber ausländischem Publikum zu führen. Auch die Betreuung von ausländischen Journalisten und der Aufbau eines eigenen Korrespondenten-Netzwerks im Ausland gehörten zu ihren Aufgaben. Archiwum Akt Nowych (AAN), 1928/0, Agencja Prasowa »Interpress«, 1967–1969.

24 Die Kooperations-Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Volksrepublik Polen, 27.09.1974, Handakten K.-P. Schneider.

25 Notatka z przebiegu rozmowy PISM z przedstawicielami Friedrich-Ebert-Stiftung/NRF/z dn. 18.10.1971 (Notiz aus dem Gespräch zwischen dem PISM und Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung); AAN, Bestand 1738/0, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Współpraca PISM z Fundacją Eberta w Bonn (NRF) Projekty porozumień, protokoły posiedzeń, notatki z rozmów 1971, 1974, 1976–1978, 1984–1986. sygn: 35/19, K. 1.; Telex der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Polnische Agentur Interpress, 13.04.1971, Handakten K. Reiff.

wurden nähere Kontakte erst 1975 geknüpft und die erste Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen im Jahr 1977 unterschrieben.²⁶ Natürlich erforderte eine derartige Formalisierung der Zusammenarbeit mit einer westdeutschen Organisation die Genehmigung seitens des Zentralkomitees der PVAP und seiner Auslandsabteilung.²⁷

Die Stiftung hat auch Kooperationsprojekte mit polnischen Hochschulen initiiert: mit der Fakultät für Journalismus an der Universität Warschau sowie den Universitäten in Breslau (*Wrocław*), Thorn (*Toruń*), Posen (*Poznań*), Kattowitz (*Katowice*) und Oppeln (*Opole*). Sie bot vor allem materielle Hilfe, wissenschaftliche Literatur auf Deutsch und Stipendien. Die Institutionalisierung dieser Kontakte, die möglichst aus bilateralen Verträgen bestand, sollte eine Zusammenarbeit auf Dauer festlegen und vor einer unvorhergesehenen politischen Intervention schützen.

Eine derartige formale Verankerung der bilateralen institutionellen Zusammenarbeit zwischen einer westdeutschen Institution und einem Partner aus dem sozialistischen Block war nicht selbstverständlich. Schriftliche Vereinbarungen wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung zwar auch mit rumänischen und ungarischen Institutionen abgeschlossen, aber der Volkrepublik Polen kam, was die Intensität der Kontakte angeht, auch angesichts des historischen Charakters dieser – indirekten – Nachbarschaft, eine besondere Bedeutung zu. Trotz vieler Versuche ist es der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gelungen, eine Zusammenarbeit dieser Art mit sowjetischen Institutionen abzuschließen. Die tschechoslowakischen Institutionen verweigerten ebenfalls eine Intensivierung der Zusammenarbeit und hielten den Austausch von Journalisten auf einem möglichst niedrigen Stand von drei Personen pro Jahr. Dies zeigt auch die fortgeschrittene innere Differenzierung innerhalb des sowjetischen Blocks.

Gleichzeitig agierte aber die Stiftung als Akteur nicht isoliert, sondern wurde in ein Netz von deutschen Institutionen einbezogen, die sie unterstützten. Um finanzielle Mittel, Zustimmung und politische Legitimierung zu gewinnen, wandte sich die Stiftung an die Bundesregierung, an einzelne Ministerien sowie an die deutsche Botschaft in Warschau. Unterstützung erhielt sie vor allem vom Bundespresseamt und vom Auswärtigen Amt. Die Anträge wurden mit außenpolitischen Argumenten begründet.²⁸ Das Bundespresseamt wie das Auswärtige Amt haben die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen begrüßt. So hieß es in einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Friedrich-Ebert-Stiftung:

»Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den deutschen Stiftungen wurde von polnischer Seite folgendes gesagt: Die Kontakte mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Alexander von Humboldt-Stiftung wurden als »gut« bezeichnet. Die polnische Seite ist daran interessiert, auch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung zusammenzuarbeiten. Hierzu sei es wünschenswert, dass diese beiden Stiftungen das PISM über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit (Austausch von Wissenschaftlern und Stipendiaten) informieren. Dem Auswärtigen Amt ist es an

26 Klaus Reiff, Notiz. Gespräch mit Vertretern des Instituts für internationale Angelegenheiten, Warschau, am 2. Juni 1976, Handakten K.-P. Schneider; Protokół w sprawie współpracy na 1977 r., Projekt porozumienia ramowego pomiędzy PISM w Warszawie a Friedrich-Ebert-Stiftung w Bonn, AAN, 1738/0, 35/19, k. 11–14.

27 Brief des Direktors von PISM, Marian Dobrosielski über das Projekt des Rahmenvertrages zwischen dem PISM und der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Jahr 1977, an die Auslandsabteilung des ZK der PVAP, sowie die Studienabteilung, die Abteilung IV und die Presse-, Kultur- und Wissenschaftsabteilung im Ministerium des Auswärtigen, AAN, 1738/0, 35/19, K. 10.

28 So wurde zum Beispiel bei einem Antrag bei dem Bundespresseamt argumentiert, dass es zu vermeiden sei, der DDR das »Informationsmonopol« bei der Vertretung Deutschlands im Ausland zu gewähren. K. Reiff an das Bundespresseamt, Betr. Materialhilfe für das Institut der Zeitgeschichte der Universität Wrocław, 20. Mai 1977, Handakten K.-P. Schneider.

weiterer Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen gelegen. Die politischen Stiftungen können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Ich bin bereit, Sie erforderlichenfalls noch mehr als bisher in Ihrem Bemühen um eine Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu unterstützen.«²⁹

Ein regelmäßiger Informationsaustausch fand mit der deutschen Botschaft in Warschau statt. Praktisch jede Besuchergruppe, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Polen vermittelt wurde, hat in der Botschaft einen Besuch absolviert. Gleichzeitig bemühte sich die Stiftung, die Tätigkeitsbereiche der beiden Institutionen klar voneinander abzugrenzen. Diese Tatsachen zeugen von der Komplexität der Stiftungsproblematik. Obwohl sie autonom agierte, arbeitete die Stiftung mit anderen Institutionen zusammen. Sie war Teil der deutschen Außenpolitik im weitesten Sinne und füllte diese nach ihren Vorstellungen mit Inhalt aus. Nach dem Verständnis der Stiftungsmitarbeiter wollte man die Ausgestaltung der Ostpolitik begleiten und unterstützen. Diese Linie sollte gegenüber anderen politischen Parteien in Deutschland gerechtfertigt werden. Ziel war der Aufbau von Vertrauen und guter Nachbarschaft:

»Die politisch-ideologischen Grenzlínen der Kooperation einer politischen Stiftung sozialdemokratischer Grundtendenz sind klar gezogen: Es geht nicht darum, Beeinflussung im Sinne kommunistischer Weltanschauung oder des demokratischen Sozialismus zu betreiben oder eine Annäherung ideologischer Standpunkte zu versuchen.

Die Stiftungs-Mitarbeiter sind auch keine »nützlichen Idioten«, die der kommunistischen Propaganda auf den Leim kriechen und ihr Möglichkeiten zum Einwirken auf die Öffentlichkeit der Bundesrepublik verschaffen. [...]

Es geht uns einzig und allein um eine aktive Förderung der Entspannung und Friedenssicherung in Europa über die ideologischen Grenzen hinweg. Durch die Begegnung, das Gespräch, den Informations- und Erfahrungsaustausch wollen wir um Vertrauen werben als Vorbedingung für einen Abbau von Vorurteilen und die Errichtung eines gutnachbarlichen Verhältnisses gerade auch zu jenen Staaten, die unter dem deutschen Faschismus besonders gelitten haben.«³⁰

II. DER STIL: VERMITTLUNG, POLITISCHER DIALOG UND PLURALISMUS

Wenn man annimmt, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung von deren Vertretern als ein Teil der Ostpolitik betrachtet wurde, stellt sich die Frage, worin der »Wandel durch Annäherung« in der Version der Friedrich-Ebert-Stiftung bestand. Bei der Analyse von transnationalen Organisationen erlaubt es die Erforschung des »Stils«³¹, ihre Strategie und den Inhalt des Transfers zu klären sowie die mögliche Zielgruppe zu bestimmen. Zu diesem Zweck muss auf die Rolle der Mittler, die die Aktionsweise der Stiftung wesentlich prägten, eingegangen werden.

1. Die Rolle der Mittler

Bei der Analyse der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen muss Klaus Reiff erwähnt werden, ein Journalist des Deutschlandfunks, der 1970 zur Stiftung kam und Leiter

29 Alfred B. Vestring, Auswärtiges Amt, an Herrn Dr. Grunwald/Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, angekommen am 9. Juli 1975, Handakten K.-P. Schneider.

30 Klaus Reiff, Im Dienste der europäischen Entspannung und Zusammenarbeit – Die Friedrich-Ebert-Stiftung und Osteuropa, Text vorbereitet für die Neue Gesellschaft, 6.2.1976, S. 2–3, Handakten K. Reiff.

31 Pierre Grémion, Regards sur la diplomatie américaine des idées pendant la guerre froide, in: Communisme 62/63 (2000), S. 57–84; Kevin F. Quigley, For Democracy's Sake. How Funders Fail – and Succeed, in: World Policy Journal 13 (1996), Nr. 1, S. 109–118.

des Europa-Referats wurde. Klaus Reiff war schon früher in Polen gewesen.³² Aufgrund seines persönlichen Interesses an Polen hat er die Zusammenarbeit mit dem Land seiner Herkunft wie auch mit anderen Ländern des Ostblocks ausgebaut.³³ Dank professioneller Kontakte gelang es Reiff, Presse-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten aus den beiden Ländern ins Gespräch und zum gegenseitigen Meinungsaustausch zu bringen. Es handelt sich also in diesem und manch anderen Fällen von Vermittlern aus der Stiftung um Personen, die dank ihrer Sozialisation, ihrer Ressourcen, ihrer sozialen Netzwerke und ihres individuellen Engagements bedeutende Vorteile besaßen. Durch ihre regelmäßigen Reisen nach Polen und den geduldigen Aufbau von Kontakten bekamen die Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung Zugang zu wichtigen Ansprechpartnern. Es handelte sich dabei vor allem um offizielle, obwohl nicht unbedingt doktrinaire Persönlichkeiten. Von den politischen Ansprechpartnern der Stiftung, die eher zu liberaleren Kreisen in der PVAP gehörten, sind Józef Czyrek und Mieczysław Rakowski zu nennen.³⁴ Mit letzterem hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung den Kontakt angeknüpft, als er noch Chefredakteur der Wochenzeitschrift *Polityka* war. Der Kontakt wurde weiter gepflegt, als Rakowski politische Ämter des Vizepremierministers und dann des letzten Ersten Sekretärs der PVAP bekleidete.³⁵ Auf der Arbeitsebene waren es Experten und Wissenschaftler, Leiter der Forschungsinstitute und der Interpress-Agentur, die insgesamt an der Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert waren.

Die Initiativen von Klaus Reiff können in dieser schwierigen Zeit der deutsch-polnischen Beziehungen als sehr weitgehend bezeichnet werden. Er förderte z. B. Mitte der Siebzigerjahre die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung, im Wissenschafts- und Jugendbereich.³⁶ Obwohl der politische Kontext es nicht erlaubte, viele dieser Ideen zu realisieren, ist es bemerkenswert, wie bestimmte Impulse und Diskurse, auch wenn sie nicht realisiert wurden, später in einer ähnlichen Form wieder auftauchen. Reiffs Idee, auf dem Gut der Familie von Moltke in Kreisau (Niederschlesien) eine internationale Begegnungsstätte einzurichten, konnte in den Achtzigerjahren nicht realisiert werden³⁷, doch sie wurde von Breslauer Intellektuellen aufgegriffen und nach der Wende, nach der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nachbarschaftsverträge mit deutscher Unterstützung realisiert.

Wenn wir die Prinzipien der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu definieren versuchen, können wir sagen, dass es in erster Linie um einen freien Meinungsaustausch ging. Die gegenseitige Information hatte Vorrang, politischer Druck wurde vermieden, Unter-

32 Klaus Reiff, *Polen. Als deutscher Diplomat an der Weichsel*, Bonn 1990.

33 Klaus Reiff, geb. 1941, Journalist im Deutschlandfunk bis 1970, seitdem Leiter des Europa-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung, Botschaftsrat für Presseangelegenheiten an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau von 1980 bis 1983, später Pressesprecher der Friedrich-Ebert-Stiftung. Heute Referent in der Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

34 M. Rakowski hatte übrigens in den Fünfzigerjahren über die SPD promoviert. Für diesen Hinweis bedanke ich mich bei Jan C. Behrends.

35 Soweit ein Besuch für die Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Deutschland ein Erlebnis war, wurde darüber in dieser Weise von dem ehemaligen Vizepremierminister in seinem Tagebuch erinnert, hier unter dem Eintrag vom 11. November 1983: »Heute früh habe ich eine Journalistengruppe aus der BRD empfangen. Am Anfang war ich aggressiv, da sie mit der Frage angefangen haben, wann soll es zum Dialog mit der Gesellschaft kommen.« *Mieczysław Rakowski, Dzienniki polityczne 1981–1983*, Warschau 2004, S. 622.

36 Konzeption für Polen-Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung, 31 März 1976, Handakten K. Reiff.

37 Klaus Reiff, Entwurf einer Konzeption für ein Deutsch-Polnisches Bildungs- und Begegnungszentrum »Kreisauer Kreis«, 10. Juli 1984, Handakten K. Reiff.

schiede respektiert. Es ging nicht um eine direkte Aufweichung des ideologischen Konstruktes. Konfrontation wurde vermieden, nach Kompromissen gesucht.

Dies führte zu positiven Eindrücken auf beiden Seiten. Im Vordergrund stand eine Strategie der kleinen Schritte. Die Arbeit war durch Regelmäßigkeit und Gegenseitigkeit gekennzeichnet. Jährlich fuhr eine Gruppe von sechs bis zehn polnischen Journalisten nach Deutschland und *vice versa*. Die Zahl der Stipendiaten stieg in den ersten Jahren an und hielt sich schließlich auf dem Niveau von zehn bis zwanzig ein- bis sechsmonatigen Stipendien pro Jahr. Des Weiteren wurde von der deutschen Seite ein pluralistischer Ansatz vorangetrieben: Es wurden gezielt unterschiedliche politische Meinungen präsentiert. Dabei realisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Vorstellung von der Übermittlung der Prinzipien des Pluralismus und der Demokratie:

»Wir sind nicht auf einem Auge blind. Gesprächspartner von der CDU in unseren Programmen mögen wohl Journalisten aus kommunistischen Ländern auf den ersten Blick verblüffen. Doch spätestens am Ende ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik werden sie wissen, was wir unter Pluralität der Meinungen verstehen.

Wer bei unseren Partnern glaubte, dass alle unsere Gruppen nur aus lupenreinen Sozialdemokraten bestehen, hat sich inzwischen eines anderen belehren müssen. Die Journalistengruppen der Friedrich-Ebert-Stiftung repräsentieren das Spektrum der Meinungsvielfalt der Bundesrepublik.«³⁸

Insgesamt vertrat die Stiftung einen pragmatischen Ansatz, bei dem es darauf ankam, den polnischen Gästen die gesamte Meinungsvielfalt der Bundesrepublik, den nach Polen eingeladenen Deutschen in ähnlicher Weise die Vielfalt und das Meinungsspektrum Polens bekannt zu machen.

2. Zwischen Verhandlungen und Kompromissen

Die Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung verhandelten zwar unmittelbar mit den polnischen Partnerinstitutionen, diese unterstanden jedoch der Aufsicht des Zentralkomitees der PVAP. Daher kam es gelegentlich zu Spannungen, vor allem bei Fragen der Auswahl von Stipendiaten: Während sich die Friedrich-Ebert-Stiftung die Kandidaten selbständig auszuwählen wünschte, wollten das ZK und die Partnerinstitutionen eigenständig darüber entscheiden. Als Kompromiss wurde vereinbart, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung dem PISM und dem Posener Westinstitut eine Zahl von Stipendien gewährt und sich das Recht vorbehält, unabhängig davon auch anderen Personen Stipendien zu vergeben.

Trotz der weitgehenden Koordinierung akzeptierten nicht alle Partner auf der polnischen Seite diese Lösung, da sie die Vergabe von Stipendien als ein wichtiges Prestigeelement zu kontrollieren versuchten. Nachdem ein Mitarbeiter des Westinstituts (IZ) erfahren hatte, dass außer den abgesprochenen Personen andere Kandidaten für ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgesehen waren, beklagte er sich über diese Prozedur, die »nicht nur hinter dem Rücken vom IZ [Westinstitut], aber auch generell mit der Vermeidung der offiziellen Instanzen der VRP erfolgt, die für die Kader- und Ausreisepolitik zuständig sind.«³⁹ Auch mit dem PISM kam es aus diesem Grund in den Achtzigerjahren zu einigen Spannungen. In Anbetracht der steigenden Zahl von Stipendiaten hat 1983 das polnische Ministerium des Auswärtigen das PISM beauftragt, die Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen zu koordinieren. Es wurde eine Koordinierungskommission geschaffen, zu der u. a. Vertreter des Bildungsministeriums, des Auswärtigen Amtes, der Warschauer Universität, des *Instytut Zachodni*, der Akademie der Wissenschaften und der

38 Reiff, Im Dienste der europäischen Entspannung, S. 5.

39 AIPN, IPN 04 048/234, k. 27–28, Doniesienie dot. Pobytu Klauza Reiff'a w Instytucie Zachodnim w Poznaniu, źródło: KS. Janusz, przyjął mjr. Gorzyński, (Angabe über den Aufenthalt von K. R. im IZ) 16.12.1974.

Agentur Interpress gehörten.⁴⁰ Auch in diesem Fall hat sich das PISM geweigert, das Prinzip der individuellen Bewerbungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung anzuerkennen. Es wurde gefordert, die offizielle administrative Prozedur zu befolgen, bei der alle Bewerber durch die Universitäten ausgewählt und der Koordinierungskommission vorgestellt werden sollten, sowie angedroht⁴¹, andernfalls den Ausreisenden die Passausgabe zu verweigern.⁴² Zu diesen Forderungen kam es trotz früherer Absprachen, in denen die Friedrich-Ebert-Stiftung die Leiter des PISM über ihre Absicht informiert hatte, für die Kandidaten aus Polen, die von den Vertrauensdozenten der Stiftung vorgeschlagen wurden, eine parallele Auswahlprozedur zu behalten.⁴³ So verlief der deutsch-polnische Austausch zwischen Verhandlungen und Kontrolle, zwischen Instrumentalisierungsversuchen und einer relativen Permissivität der polnischen Behörden.

Es ist schwierig, die Arbeit und den Handlungsraum der deutschen Stiftungen etwa mit den amerikanischen zu vergleichen, die zu derselben Zeit in Polen präsent waren. Die Kontakte der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik gehörten zu den schwierigsten Beziehungen mit den westlichen Ländern. Frankreich vergab schon seit den Fünfzigerjahren Stipendien an polnische Historiker.⁴⁴ Auch die USA haben, dank der Vermittlung der *Ford Foundation*, nach 1956 Stipendiaten aus Polen eingeladen und verfügten über einen gewissen Freiraum bei der Auswahl von Kandidaten.⁴⁵ Was die Bundesrepublik angeht, so kam es erst nach 1970 zu einem breiteren Austausch, obwohl sich die Austauschinitiativen bereits in den Sechzigerjahren auf der gesellschaftlichen Ebene entwickelt hatten.⁴⁶

Doch die Stiftungsvertreter versuchten auch gelegentlich, zwischen der SPD und den Partnern in Polen Kontakte zu vermitteln. Es wurden Briefe ausgetauscht und Gespräche geführt, sowohl über einzelne Probleme, wie die Renovierung des Grabes von Ferdinand Lassalle in Breslau, als auch zu grundlegenden bilateralen Fragen, wie dem Stand der bilateralen Beziehungen oder den Wegen zur Normalisierung. Daher soll hier die Frage

40 Sprawozdanie z działalności grupy koordynującej współpracę z Fundacją Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung oraz Friedrich-Naumann-Stiftung za rok 1985 (Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe [...]), 19.01.1985. AAN, 1738/0, 35/19, K. 54.

41 Notatka dla towarzysza dyrektora PISM (Notiz für den Genossen Direktor des PISM), 20.06.1985, AAN, 1738/0, 35/19, K. 32.

42 Sprawozdanie z działalności grupy koordynującej [...] 19.01.1985. AAN, 1738 / 0, 35/19, K. 54.

43 Notatka w sprawie wymiany stypendialnej z Friedrich-Ebert-Stiftung (Notiz über den Stipendienaustausch mit der Friedrich-Ebert-Stiftung), Warschau, 11. Mai 1985. AAN, 1738/0, 35/19, K. 48.

44 *Marcin Kula*, Paryż polskich historyków, in: *Więź*, Nr. 8–9, 2002, S. 113–124.

45 Das erste Programm der Ford Foundation für polnische Wissenschaftler wurde 1957 kurz vor einem ähnlichen Programm der Rockefeller Foundation gestartet. *Volker Berghahn*, *America and the Cold Wars in Europe. Shepard Stone between philanthropy, academy and diplomacy*, Princeton 2001. Laut Berghahn ist es den amerikanischen Stiftungen gelungen, gelegentlich Druck auf die polnischen Behörden auszuüben, um ihre Kandidaten selbst auswählen zu können, obwohl diese Strategie nicht frei von Engpässen war. Trotzdem scheint der Kompromiss an der Tagesordnung gewesen zu sein. Die Zusammenarbeit der polnischen wissenschaftlichen Institute mit den Vertretern der amerikanischen Stiftungen wurde durch die »brüderlichen« Geheimdienste kritisiert. *Borodziej/Kochanowski*, S. 46.

46 *Basil Kerski*, Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990, Wissenschaftszentrum Berlin, Working paper Nr. P99–301, Januar 1999; *Wolfgang Pailer*, Stanislaw Stomma, Nestor der deutsch-polnischen Aussöhnung, Bonn 1995; *Konrad Weiss*, Begegnungen in Polen. Erinnerungen eines Ostdeutschen, in: *Dialog*, Nr. 57/2001.

weiter verfolgt werden, wie die politische Dimension der Stiftung genauer beschrieben werden kann.

III. DIE VIELFÄLTIGEN POLITISCHEN DIMENSIONEN DER PARTEINAHEN STIFTUNGEN

Die internationale Arbeit einer politischen Stiftung hat eine starke politische Dimension, die in dreifacher Weise beschrieben werden kann.

1. Das Bild politischer Persönlichkeiten als Legitimierungsfaktor

Die Friedrich-Ebert-Stiftung nutzte gegenüber ihren Partnern im Ausland das Ansehen von Politikern (wie Willy Brandt) und machte es zu einem wichtigen Legitimierungsfaktor.

»Willy Brandt, der Friedensnobelpreisträger, ist Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Sinne seiner Politik der Aussöhnung und Normalisierung hat die Friedrich-Ebert-Stiftung als regierungsunabhängige Institution ihr Engagement in der Zusammenarbeit mit Organisationen in Ost- und Südosteuropa als Beitrag zur Auffüllung der Ostverträge in den letzten Jahren verstärkt. [...] Mit Heinz-Oskar Vetter, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Vorstandsmitglied, unterstreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung auch ihre gesellschaftspolitische Position in unserem Lande als Institution der deutschen Arbeiterbewegung.«⁴⁷

Die Stiftung wurde von der polnischen Seite mit der SPD assoziiert. Diese Tatsache brachte Erwartungen mit sich, erweiterte aber auch ihren Handlungsraum, weil nach Abschluss der Ostverträge eine solche Stiftung zumindest toleriert werden musste. In der Tat wurde sie sogar gelegentlich von den polnischen Regierungsvertretern als eine Art Verbindungskanal betrachtet, über den informell ein Dialog mit der SPD geknüpft werden konnte. So wurden vor der geplanten Reise des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung Alfred Nau nach Polen die Hintergründe folgendermaßen erklärt:

»Besonders großen Wert lege man in Warschau auf einen Vortrag von Herrn Nau, da man wisse, dass er nicht nur Vorsitzender der Stiftung ist, sondern auch ein hohes Amt in der Sozialdemokratischen Partei bekleide. Seiner großen politischen Bedeutung wegen würde man es in Warschau außerordentlich begrüßen, wenn Herr Nau im Institut für internationale Angelegenheiten sprechen würde. Sein Vortrag vor diesem Gremium sollte auch als eine wissenschaftlich-politische Ehrung angesehen werden. Schon Carlo Schmidt und Herbert Wehner hätten hier gesprochen.«⁴⁸

2. Politischer Dialog »durch den Kücheneingang«

Die politische Bedeutung der Stiftung bestand auch darin, ein neutrales Forum für politisch Verantwortliche auf beiden Seiten anzubieten, über strittige bilaterale Fragen zu diskutieren und Meinungen auszutauschen. Gerade bei Auslandsreisen von politischen Persönlichkeiten, die dank der Friedrich-Ebert-Stiftung zustande kamen, wurde diese politische, genauer gesagt die parteipolitische Dimension besonders deutlich. In einer Zeit, in der die offiziellen bilateralen Kontakte stark belastet und eher sporadisch waren, und das obwohl sich Edward Gierek mit Helmut Schmidt persönlich gut verstand, bildete die Stiftung gelegentlich ein informelles Forum für Kontakte zwischen den Vertretern der SPD und der PVAP. Diese Ebene war weniger von kontextbedingten Beschränkungen betroffen. Wenn man diese Kontakte zwischen PVAP und SPD betrachtet, die im Medium der

47 Reiff, Im Dienste der europäischen Entspannung, S. 2.

48 22.11.1974, Aktennotiz, Betr. Polen-Reise. Ratschläge über die Reise von Herrn Nau nach Polen, Handakten K.-P. Schneider, Ordner: Polen-Reise Friedrich-Ebert-Stiftung Vorstand.

Friedrich-Ebert-Stiftung ihren Ausdruck fanden, stellt man fest, wie gut bzw. herzlich die persönlichen Beziehungen waren. Vor der Reise von Alfred Nau nach Polen wurde ihm von Eberhard Dingels, einem Mitarbeiter Willy Brandts, ein Besuch beim Leiter der Auslandsabteilung des Zentralkomitees, Ryszard Frelek, empfohlen. Dieser »nach Gierek wichtigster Mann der polnischen Außenpolitik, insbesondere was auch die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland betrifft«, war bereits Gast bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und galt als sehr aufgeschlossen:

»Er hat mir gegenüber bei seinem damaligen Besuch in Bonn die Anregung durchklingen lassen, ob es nicht gut sei, auch auf der reinen Parteiebene den deutsch-polnischen Beziehungen Rechnung zu tragen. Ich habe darauf erwidert, dass wir als Partei kaum eine Möglichkeit sehen, zu seiner Partei Beziehungen von der Art herzustellen, wie wir sie mit den sozialdemokratischen Parteien pflegen. Ich habe darauf hingewiesen, dass es im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen vielfältige Möglichkeiten gebe, dass sozialdemokratische Persönlichkeiten mit Vertretern seiner Partei zusammentreffen, ohne dass man die Ebene von institutionalisierten Parteibeziehungen benutzt.«⁴⁹

In diesem Sinne könnte man die Hypothese wagen, die Stiftung stelle einen der Kanäle der Parteaußenpolitik dar. Derartige Besuche zeugen von der Verbindung zwischen formellen und informellen, parteipolitischen und unpolitischen Aspekten der Tätigkeit der Stiftung, die schwer voneinander zu trennen sind. Für Klaus Reiff, den damals für Polen zuständigen Referatsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, war der Besuch des Vorsitzenden der Stiftung in Warschau ein Legitimierungsfaktor. Es zeigte, dass die einzelnen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Stiftungsvorstand verfolgt und begrüßt wurden.⁵⁰

Die Besuche aus der Bundesrepublik wurden von den polnischen Geheimdiensten minutiös verfolgt. Sie zeigen aus dem polizeilichen Blickwinkel, wie viel Misstrauen und Ablehnung gegenüber einer Annäherung mit Deutschland herrschte.

»[Der Besuch] soll angeblich auf die Einladung vom PISM stattfinden. Sowohl Nau wie auch Grunwald haben die Absicht, [...] das Lassalle-Grab zu besuchen, dessen Asche die BRD angeblich zu sich transferieren möchte. Nau soll in Krakau im Widerstand gewesen sein, wo er angeblich von der Wehrmacht geflohen sein sollte. Er will dort seine »alten Ecken« wieder sehen und von dort aus Auschwitz und Birkenau besuchen.«⁵¹

Die Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt sich im März 1975 in Polen auf. Der politische Charakter des Unternehmens lässt sich an den Gesprächspartnern ablesen: Außer den Partnerinstitutionen in Warschau, Posen und einer Besichtigung Krakaus fanden Besuche im polnischen Auswärtigen Amt (Gespräch mit Direktor Feliksiak und dem stellvertretenden Direktor Jerzy Mąkosza), in der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der PVAP (Ryszard Frelek, Direktor der Auslandsabteilung und sein Stellvertreter Bogumił

49 Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an Alfred Nau, Betr.: Deine und Dr. Grunwalds Reise nach Polen, 4.10.1974, Handakten K.-P. Schneider, Ordner: Polen-Reise Friedrich-Ebert-Stiftung Vorstand.

50 Gespräch mit Klaus Reiff, Berlin, 30. Juli 2004.

51 Doniesienie dot. pobytu (...) w Instytucie Zachodnim w Poznaniu, źródło: KS. »Janusz«, 16.12.1974. (Angabe, Quelle: Dienstkontakt »Janusz«), AIPN, IPN 04 048/234, K. 28. »[...] rzekomo na zaproszenie PISM-u. Zarówno Nau jak i Grunwald zamierzaliby [...] zobaczyć grób Lassala, którego prochy podobno RFN chciałaby przewieźć do siebie. Nau działał podobno w ruchu oporu na terenie Krakowa, gdzie rzekomo zbiegł z Wehrmachtą. Chce tam zobaczyć »stare kąty« a stamtąd udać się do Oświęcimia i Brzezinki.« Alfred Nau, geboren 1906, SPD-Mitglied seit 1923, war 1933 in die Tschechoslowakei geflüchtet, kam aber dann nach Deutschland zurück, wo er Kontakte zur Untergrundbewegung pflegte. Er wurde mehrmals von der Gestapo vernommen, bevor er 1942 in die Wehrmacht eingegliedert wurde. Vorstandsmitglied und Schatzmeister der SPD von 1946 bis 1975, leitete er die Friedrich-Ebert-Stiftung bis zu seinem Tod im Jahre 1983.

Sójka) sowie in der deutschen Botschaft statt.⁵² Die öffentlichen Äußerungen des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung erlaubten es ihm, die Außenpolitik der Bundesregierung zu erklären und zu rechtfertigen. In seinem Vortrag vor dem PISM würdigte Alfred Nau die SPD-Politik der Versöhnung. Er rief dazu auf, die Schwierigkeiten zu verstehen, die mit der Entschädigung der polnischen KZ-Häftlinge verbunden waren, und bat die polnische Seite, die Ausreise von polnischen Bürgern deutscher Herkunft zu erleichtern.⁵³ Im polnischen Ministerium des Auswärtigen wurde der Stand des Dialogs zwischen Kanzler Schmidt und dem Ersten Sekretär Gierek erörtert, der inzwischen in eine schwierige Phase geraten war. Die polnischen Gesprächspartner konnten bei dieser Gelegenheit die Gründe für ihre Absage einer Teilnahme an dem zwischen dem PISM und der DGAP geplanten Round-Table-Gespräch erklären: Der Grund war die vorgesehene Teilnahme des CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Herbert Hupka, der in Polen als *persona non grata* galt. In ihrer Rechtfertigung meinte die polnische Seite, ihren guten Willen bewiesen zu haben, aber sie bestritt »aus innenpolitischen Gründen«, Personen zu akzeptieren, die sich dem deutsch-polnischen Vertrag querstellten.⁵⁴ Gleichzeitig versicherten die polnischen Gesprächspartner, den Fall nicht für Propagandazwecke auszunutzen:

»Auf polnischer Seite sei die Nominierung Hupkas für den runden Tisch nicht zu einer Verschärfung der gegenwärtigen Situation benutzt worden. Die polnische Regierung habe einen gewissen Einfluss auf die Presse und daher sei auch nur ein Artikel zum Fall Hupka veröffentlicht worden. Dennoch müsse daran gedacht werden, dass die bundesdeutschen Sender in Polen gehört werden können.«⁵⁵

In einem anderen politischen Gespräch beim Zentralkomitee der PVAP wurden mit dem Leiter der Auslandsabteilung wirtschaftliche und politische Aspekte erörtert, darunter die Familienzusammenführung und die Entschädigung von ehemaligen KZ-Häftlingen. Durch diese Sondierungsgespräche profilierte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung als ergänzender Kanal der Außenpolitik. Obwohl, auch wegen der Stellung der beiden Regierungen in ihren jeweiligen politischen Systemen, viele Meinungsverschiedenheiten nicht geklärt werden konnten, scheinen die polnischen Partner die Vermittlung der Friedrich-Ebert-Stiftung insgesamt akzeptiert zu haben:

»Gegen den Vorschlag von Herrn Nau, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung als alternativer Gesprächspartner anbiete, gebe es polnischerseits keine Bedenken. Was die Stiftung betrifft, so sei man überzeugt, dass sie eine positive Rolle spielen kann. Eines der Ziele der Friedrich-Ebert-Stiftung sei die Darlegung der Wahrheit.«⁵⁶

Für die polnische Regierung waren diese Besuche der hohen Vertreter der Stiftung eine Möglichkeit, die deutsche Einschätzung der internen Situation in Polen zu sondieren.⁵⁷

52 Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Abteilung, Communiqué über die Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, den 4. bis 10. März 1975, Handakten K. Reiff.

53 »Die deutsche Sozialdemokratie und Polen«. Vortrag von Herrn Alfred Nau, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau am 7. März 1975, Handakten K. Reiff.

54 Klaus Reiff, Protokoll der Gespräche einer Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, 4. bis 10. März 1975, 11.03.1975, Bonn, S. 4, Handakten K. Reiff.

55 Ebd., S. 3.

56 Ebd.

57 Die zweite offizielle Delegation im August 1979, unter der Leitung von Dr. Günter Grunwald, gab Anlass zu einem Bericht, der vom Direktor der Abteilung II (Gegenspionage) des polnischen Ministeriums des Inneren (MSW), General Władysław Pożoga unterschrieben worden ist. Information über den Besuch einer Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen. AIPN, IPN 04 048/234, K. 98.

Die wissenschaftlichen Institutionen konnten als ein wichtiger Kanal für den politischen Dialog dienen und deren Leiter waren sich dessen Bedeutung bewusst. Für die polnische Seite war die politische Bedeutung einer Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung unumstritten.

»Das Institut ist dem polnischen Außenministerium zugeordnet und Prof. Dobrosielski gehört zum engsten Kreis der Gierek-Berater. Die Kooperation mit diesem Institut erhält deshalb ein besonderes politisches Gewicht. [...] Das Institut ist bereit, die Rolle eines Koordinators von bilateralen Veranstaltungen im politischen Bereich auf polnischer Seite zu übernehmen. [...]

Zwar kooperiere sein Institut auch mit der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, doch werde die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung auf einem höheren Niveau geführt. Sie sei politisch gesehen eine wichtige Sache. Man habe Interesse vor allem an einer langfristigen Zusammenarbeit mit der Stiftung. Dobrosielski unterstrich, dass sein Institut für die Friedrich-Ebert-Stiftung der wichtigste politische Partner in Polen sein sollte. [...]

Das von Bruno Friedrich dem Warschauer Institut vorgeschlagene Seminar ›Wirtschaftsbeziehungen Polen – Bundesrepublik‹ (veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung) ist auf polnischer Seite bislang noch nicht von den zuständigen Stellen im ZK genehmigt worden.«⁵⁸

Es wird deutlich, dass beide Seiten trotz aller Unterschiede die Normalisierung der Beziehungen anstrebten und der Dialog offen geführt wurde. Wenn man die Wahrnehmung der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung von Seiten der polnischen Akteure betrachtet, stellt man fest, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung zwar ein wichtiger, aber keineswegs der einzige deutsche Partner war. So bezog sich ein Mitarbeiter des PISM auf den Vorschlag der Stiftung, Parlamentarierkontakte zwischen den beiden Ländern zu entwickeln:

»Reiff hat den Besuch Bruno Friedrichs in Polen im Januar 1977 angekündigt. In seinem Auftrag sondierte er die Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung der parlamentarischen Kontakte zwischen den beiden Ländern. Er versuchte vor allem zu klären ob wir an einer BRD-Reise einer Sejm-Delegation, insbesondere einer Delegation des Parlamentarierklubs der PVAP, auf Einladung der SPD-Fraktion interessiert wären. [...]

Die derzeitige Entwicklung der Kontakte des PISM mit der Ebert-Stiftung soll sehr positiv ausgewertet sein. Doch im Hinblick auf die große Belastung des PISM mit internationaler Zusammenarbeit wissenschaftlicher und politischer Art/vor allem mit der BRD/kann das Institut auf der polnischen Seite nur einer von mehreren Partnern der Stiftung sein. Wir haben vor, die Zusammenarbeit mit der Stiftung vor allem auf die politischen Aspekte der Beziehungen Polens zu der BRD zu orientieren.«⁵⁹

3. Die Politisierung von gesellschaftlichen Fragen

Letztendlich war die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen insofern politisch, als sie es den gesellschaftlichen Multiplikatoren ermöglichte, sich mit Themen zu beschäftigen, die eine politische Dimension besaßen, etwa die Rolle der SPD oder die deutsche Arbeiterbewegung. Dabei hatte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen der Bundesrepublik, wie Medien, Jugend oder Erwachsenenbildung, in der Volksrepublik Polen von sich aus schon politische Dimensionen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat beispielsweise dazu beigetragen, Medienwissenschaftler aus Deutschland nach Polen einzuladen, die Seminare an der journalistischen Fakultät der Universität Warschau über die Rolle der Medien in der Demokratie hielten und mit diesen Themen bei Studenten auf große Aufmerksamkeit stießen. Ein solcher Vortrag von einem deutschen Medienwissenschaftler im Jahre 1979 über die Medien in der Bundesrepublik wurde häufig vom Beifall und von gezielten Fragen aus dem Publikum unterbrochen:

58 Reiff, Notiz. Gespräch mit Vertretern des Instituts für internationale Angelegenheiten.

59 Notatka służbowa (Dienstnotiz), Dr. Jerzy Sulek, Warschau, den 15. Dezember 1976, AAN, 1738/0, 35/19, K. 6–8.

»Sie haben die Pressekonzentration in der Bundesrepublik kritisiert und hervorgehoben, dass der Verlag Axel Springer rund 30 % Anteil an der Gesamtauflage der Tageszeitungen in der Bundesrepublik hat. Na schön, aber was sagen Sie denn dazu, dass bei uns ein einziger Verlag über 90 % der gesamten Tageszeitungsauflage herausbringt?«⁶⁰

Die Entdeckung und Verwunderung schien von beiden Seiten zu kommen. Der Gast aus Deutschland war von den genauen Kenntnissen der deutschen Medien bei seinen Gesprächspartnern und von ihrem kritischen Ton in Bezug auf die Machtverhältnisse im eigenen Land beeindruckt:

»Ich habe in späteren Gesprächen mit dem Dozenten [...] gehört, dass die Studenten dieses Seminars besonders kritisch gegenüber den Verhältnissen im eigenen Lande eingestellt sein sollen. Für sie sei mein Auftritt ein großes Erlebnis gewesen – für mich war es die Reaktion der Studenten. Ich möchte aus diesen, natürlich recht subjektiven Erfahrungen den Schluss ziehen, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung auf jeden Fall bemüht sein sollte, bei weiteren Möglichkeiten eines Austauschs von Vortragenden an Universitäten darauf zu achten, dass Kontakte mit Studenten im Hörsaal möglich werden.«⁶¹

Obwohl dieser Praxis bald ein Ende gesetzt wurde, da sie für die ideologische Linie der PVAP wahrscheinlich als zu riskant empfunden wurde, folgten zahlreiche Einladungen von polnischen Medienwissenschaftlern in die Bundesrepublik.

Ein derartiger Dialog fand auch bei den von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten, bilateralen Konferenzen zu strategischen Fragen oder zur Revision der Schulbücher statt. Die Stiftung wollte nämlich die Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchkommission verbreiten und für deren Implementierung werben. Ihr kam dabei auf Anregung des Direktors des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, Prof. Georg Eckert, die Rolle eines Vermittlers und Multiplikators zu, der bestimmte, wichtige Themen öffentlich zur Sprache brachte.⁶² Besonders die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Internationalen Schulbuchinstitut in Braunschweig veranstalteten Schulbuchkonferenzen, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden, fanden bei Personen und Institutionen im Bildungsbereich in Deutschland eine große Resonanz, und das in einer Periode, als die Frage der Schulatlanten und Leitpfade für den Geschichtsunterricht politisch besonders kontrovers war.⁶³ Auch in der polnischen Presse erschienen Berichte von diesen Schulbuchkonferenzen und trugen dazu bei, das polnische Bild der Deutschen und der Bundesrepublik zu verändern. So teilte der stellvertretende Direktor des PISM einer regionalen Zeitung nach der zweiten Schulbuchkonferenz, die von der Ebert-Stiftung zusammen mit dem PISM 1979 in Toruń durchgeführt wurde, mit:

»Unter vielen Institutionen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der BRD, die sich für die Normalisierung der Beziehungen mit Polen, für die Veränderung der gesellschaftlichen Bewusstseins im Geiste der Verständigung und des Friedens engagieren, spielt die Friedrich-Ebert-

60 Bericht. Vortragsreise von Dr. Hermann Meyn, Bonn, zur Fakultät für Journalistik und politische Wissenschaften der Universität Warschau vom 14. bis 18. März 1979, Projekt Nr. 34.17.00., Klaus Reiff/Hermann Meyn, S. 3, Handakten K. Reiff.

61 Ebd., S. 4.

62 Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten zum Thema »Die Schulbuchempfehlungen im Normalisierungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen«, in Bonn vom 28. bis 30. November 1977, Bericht, Projekt Nr. 37.03.04, Handakten K.-P. Schneider, Ordner: Polen, deutsch-polnische Konferenz Friedrich-Ebert-Stiftung/PISM 3. Schulbuch-Empfehlungen, 1977 A-N.

63 Vgl. Hessischer Landtag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/2057, 17.12.75, Antrag der Abgeordneten Friedrich, Borsche, Runtsch, Lengemann, Prusko, Jagoda (CDU) und Fraktion betreffend Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz. (Hier auch andere Protokolle der Debatten in den Landtagen). Handakten K. Reiff.

Stiftung eine der Hauptrollen in der Skala des Bundes. [...] Vor kurzem haben wir eine zweisprachige Publikation ›Polen-BRD. Bilanz der gegenseitigen Beziehungen. Probleme und Perspektiven der Normalisierung‹ veröffentlicht. Es ist tatsächlich ein beispielloses Vorhaben in den Sozialwissenschaften, nicht nur was die Beziehungen Polen – BRD, sondern auch die breiter gemeinten Ost-West Beziehungen betrifft.«⁶⁴

Zu den Politisierungsbeispielen zählen auch die Einladungen von polnischen Stipendiaten und Journalisten nach Deutschland, wo ihnen die Möglichkeit geboten wurde, politischen Mandatsträgern zu begegnen. Schon bei der ersten Informationsreise polnischer Journalisten in die Bundesrepublik wurde im Kontext von innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland über die Ratifizierung der Ostverträge ein Termin mit Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesminister Horst Ehmke verabredet. Eine Reise von zehn polnischen Journalisten, die 1976 von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert worden war, wurde als Vorbereitung auf den Besuch des Ersten Sekretärs der PVAP, Edward Gierek, in Deutschland betrachtet. Auch in diesem Fall waren Termine mit Politikern ersten Ranges vorgesehen. Die polnischen Gäste wurden lange von Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen, der damit sein Engagement für die Normalisierung bestätigte und für eine Belebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Jugendaustausches plädierte. Dem folgten Gespräche mit Vertretern der drei großen Parteien: dem Mitglied des Bundesvorstands der CDU, MdB Richard von Weizsäcker, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), sowie Außenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP. Für manche polnischen Vertreter war es überraschend, mit einem CDU-Vertreter diskutieren zu können, der nicht unbedingt die SPD-Politik befürwortete. Alle diese Personen unterstützten jedoch die Normalisierung der Beziehungen. Insgesamt war der Empfang herzlich und das Interesse von der deutschen Seite groß. Die Berichte von diesen Besuchen erlauben es, die gegenseitige Wahrnehmung miteinander zu konfrontieren. Einerseits verteidigten die eingeladenen polnischen Journalisten insgesamt die Position ihrer Regierung und neigten dazu, die Erschwernisse in der Umsetzung von gemeinsamen Resolutionen auf den Mangel an gutem Willen auf der deutschen Seite zurückzuführen. Zum Beispiel war es im Fall der Implementierung von Richtlinien der deutsch-polnischen Schulbuchkommission für die polnischen Gäste schwierig zu akzeptieren, dass der deutsche Föderalismus und die Autonomie der Länder es erschwerte, eine homogene Politik einzuführen.⁶⁵ Andererseits erlaubten ihnen die von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Termine, ihren Blick zu nuancieren. Die Zeit, die die deutschen Entscheidungsträger den polnischen Gästen gewidmet haben, wurde als ein Zeichen für die Wichtigkeit der Beziehungen mit Polen gedeutet.⁶⁶ Umgekehrt hatten die deutschen Journalisten bei ihrem Besuch in Polen die Möglichkeit, mit Edward Gierek und anderen hochrangigen Politikern ins Gespräch zu kommen.

Das angekündigte Ziel der Friedrich-Ebert-Stiftung, »das breite Spektrum der im Bundestag vertretenen politischen Auffassungen zur Polen-Politik zur Geltung kommen zu lassen«, kann auch als ein Zeichen gegenüber den anderen Bundesparteien gelesen werden. Ziel war es offenbar, zu veranschaulichen, dass man »mit den Kommunisten auch sprechen kann«⁶⁷, oder den Gästen aus Polen zu zeigen, dass die Ostpolitik ein Anliegen aller politischen Orientierungen sei, sowie die CDU-Führung dazu zu bringen, sich zu ihrer außenpolitischen Verantwortung zu bekennen. Eine Durchsicht der verschiedenen

64 *Gazeta Pomorska*, 20. September 1979, Interview mit Dr. Jerzy Sułek, S. 5. Handakten K. Reiff.

65 Informationsreise einer polnischen Publizisten-Delegation in der Bundesrepublik Deutschland vom 24. März bis 2. April 1976. Sachbericht. Projekt Nr. 34.59.00., Bonn, 4. Mai 1976, Handakten K. Reiff.

66 Ebd.

67 Für diese Anmerkung bedanke ich mich bei Herrn Prof. Friedhelm Boll, Schriftleiter des AFS.

in den Handakten von K. Reiff und K.-P. Schneider vorhandenen Besuchsprogramme polnischer Journalisten zeigt, dass Kontakte zu hochrangigen Vertretern der Oppositionsparteien regelmäßig angeboten wurden.

Im Übrigen hielt sich aber die Einbeziehung der Opposition in Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Grenzen, was auf ein Gleichgewicht zwischen der Zusammenarbeit und der Konkurrenz zwischen den Stiftungen hindeutet. Als die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende der Siebzigerjahre einen Preis »für Verdienste um die Normalisierung«⁶⁸ gründen wollte, wurde ihr vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion mitgeteilt, dass er die Einbeziehung der Opposition in das Auswahlkomitee für den Preisträger für unerwünscht halte.⁶⁹

In den Siebzigerjahren kam der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Vorreiterrolle zu, als sie Dutzende von Journalisten und Stipendiaten nach Deutschland holte und ihnen beim gegenseitigen Kennenlernen half. Die Ostpolitik war damals innenpolitisch umstritten. Keine andere Stiftung verfolgte die Idee, ihre Vertreter nach Polen zu entsenden. Diesen Innovationsgeist kann man am avantgardistischen Charakter der Ostpolitik messen. Es wurde bei den Partnerinstitutionen wie PISM eine breite Basis von dialogwilligen Ansprechpartnern gefunden. Immer mehr Personen waren an einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung interessiert und kehrten mit einem neuen Blick auf die Bundesrepublik nach Polen zurück. Das schlägt sogar in Berichten durch, die von manchen Stipendiaten für die Überwachungsorgane angefertigt wurden.⁷⁰ Es blieb natürlich auch Misstrauen auf der polnischen Seite bei Personen, die den Deutschen aus Prinzip nicht trauten. Dennoch hat sich aber insgesamt viel an der gegenseitigen Wahrnehmung geändert. Diese Annäherung über die Grenze hinweg hatte jedoch selbst ihre Grenzen.

IV. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN DEUTSCHEN POLITISCHEN STIFTUNGEN IM SPANNUNGSFELD DER POLITISCHEN UMWÄLZUNGEN AB 1980

Als die Ostpolitik Anfang der Achtzigerjahre angesichts der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen zu innenpolitischen und internationalen Spannungen führte, wurde die Stellung der Friedrich-Ebert-Stiftung gegenüber Polen zweideutig. Dass sich die Arbeit der Stiftung auf die offizielle Ebene fokussierte, hatte zuvor zu keinem größeren Dilemma geführt, solange es in Polen keine bedeutende und institutionalisierte Oppositionsbewegung gab. Als aber Ende der Siebzigerjahre eine Gegengesellschaft entstand, die 1980 die Regierung zu Verhandlungen und zur Anerkennung zwang, wurde die außenpolitische Strategie der SPD gelegentlich zu einem Hindernis bei einer eventuellen Diversifizierung von Kontakten zur Untergrundbewegung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Während der innenpolitisch gespannten Zeit der *Solidarność*-Legalisierung und des Kriegszustands in Polen pflegte die Friedrich-Ebert-Stiftung zwar weiterhin ihre Kontakte zur polnischen Opposition, stieß damit aber auf Bedenken von Seiten führender SPD-Vertreter.

1. Die zwiespältigen Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu der *Solidarność*-Bewegung

Als am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht in Polen verhängt wurde, spiegelte die Haltung der Friedrich-Ebert-Stiftung die spannungsvolle Position der deutschen Sozialdemo-

68 Klaus Reiff, Vermerk. Betr. Stiftung eines Preises für Verdienste um die Normalisierung Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen. 27. November 1978, Handakten K. Reiff.

69 Klaus Reiff, Vermerk, 8.2.1979, Handakten K. Reiff.

70 Bericht des IM Pawłowski, Katowice, 28.10.1975. AIPN, IPN 04 048/234, K. 32.

kratie wider. Einzelne Personen pflegten weiter ihre Kontakte zu *Solidarność*-Vertretern. Klaus Reiff konnte diese Kontakte umso besser anknüpfen, als er in den Jahren 1980–83 als Botschaftsrat in der deutschen Botschaft in Warschau tätig war und de facto weiterhin als Kontaktperson der Friedrich-Ebert-Stiftung fungierte. Privat nahmen viele Personen in Deutschland an den Paketaktionen zur Hilfe für Polen teil. Der sozialdemokratische Postminister, der zuvor Vorsitzender der Postgewerkschaft war, unterstützte die spontane Solidaritätsbewegung für Polen durch den Verzicht auf die üblichen Paketgebühren für Postsendungen. Grundsätzlich änderte sich aber nicht viel an der Strategie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Situation war in mancher Hinsicht schizophoren: Einerseits wurde der *Solidarność* auf den verschiedensten Ebenen geholfen, andererseits wurde der Austausch mit regimetreuen Journalisten und Wissenschaftlern fortgesetzt. Wenn man sich nach den Gründen fragt, weshalb manchen Personen aus Polen von der deutschen Seite das Visum untersagt wurde, stellt man fest, dass sie einfach zu politisch und zu regierungsnah waren in einer Phase, in der wegen der von General Jaruzelski verordneten Repressalien die polnische Regierung durch den Westen auf Distanz gehalten wurde. Dies war der Fall bei dem damaligen Direktor der Interpress Agentur⁷¹, der es bei seinen früheren Besuchen in Deutschland nicht versäumte, seine Unzufriedenheit wegen der – seiner Meinung nach – übertriebenen Fokussierung der deutschen Presse auf die Dissidenten zum Ausdruck zu bringen.⁷² Einem anderen Wissenschaftler aus Polen wurde durch das Auswärtige Amt ein Visum verweigert, nachdem er sich als der Arbeits- und Sozialminister der amtierenden polnischen Regierung erwies.⁷³ In solchen Fällen intervenierte die Stiftung bei den deutschen Behörden, oft mit Erfolg. Bei weiteren Stipendiaten der Stiftung dominierte das Profil von Experten, die zwar der PVAP nahe standen, aber von der Parteilinie abwichen. Gleichzeitig fehlte es bei den Stipendiaten weder an Personen, die 1980 mit der PVAP gebrochen hatten, noch an parteilosen Historikern, Germanisten oder Soziologen.⁷⁴

Es muss konstatiert werden, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung im Vergleich mit der SPD den polnischen Dissidenten gegenüber offener war. Der Vergleich mit der SPD fällt aber insgesamt schwer, auch weil die Haltung der SPD bisher kaum untersucht wurde. Die Vermittlungsversuche der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung, die um die Berücksichtigung der polnischen Dissidenten rangen, wurden im Allgemeinen abgelehnt oder ignoriert.⁷⁵ Solange keine genaueren Analysen vorliegen, scheint es, dass die SPD-Führung an den Dogmen ihrer Ostpolitik festhielt. Plädoyers über den sozialdemokratischen Charakter der *Solidarność*-Bewegung hatten kein sichtbares Ergebnis erzielt.

»Die unabhängige Gewerkschaft *Solidarität* war in ihrer wesentlichen politischen Ausrichtung klar sozialdemokratisch, was so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde. Bedauert wurde

71 Dr. Günter Grunwald, Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung an den Direktor der polnischen Interpress Agentur, Bonn, 3. November 1982, Handakten K.-P. Schneider, Polen 1982–1983.

72 »Informationsreise von Herrn W. (...), Chefredakteur der Polska Agencja Interpress, Warschau, in der Bundesrepublik Deutschland, vom 16.–25.05.1977, Projekt Nr. 34.00.17.« Handakten K.-P. Schneider, Polen.

73 E.-J. Kerbusch, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, an Frau M. [...], 20.08.1982, Handakten K.-P. Schneider, Polen 1982–1983.

74 Bei den ehemaligen Stipendiaten wird gerne der Name von Leszek Balcerowicz, Wojciech Lamentowicz, oder Danuta Waniek, wie auch von Hanna Suchocka erwähnt, weil sie nach 1989 politische Stellen besetzt haben. *Klaus Reiff/Klaus-Peter Schneider*, Ein Baustein für die deutsch-polnische Nachbarschaft. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihre Zusammenarbeit mit Polen 1971–1989, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, 10 Jahre Büro Warschau, Warschau 2000. Ob diese Namen repräsentativ für die gesamte Gruppe der Stipendiaten sind, müsste genauer geprüft werden.

75 Gespräch mit Klaus Reiff am 14. September 2004 in Berlin.

seiner Zeit in Kreisen der *Solidarität*, dass die Parteien des demokratischen Sozialismus in Westeuropa so wenig Interesse an dieser Bewegung haben. In dem, was noch von der *Solidarität* übrig geblieben ist und nun im Untergrund oder in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen weiter agiert, manifestiert sich das andere, demokratische Polen.

Es kann nicht darum gehen, dass wir der *Solidarität* im Untergrund materielle Unterstützung leisten. Diese kommt ohnehin aus anderen westlichen Quellen. Gerechtfertigt erscheint mir aber der informelle Kontakt, das Gespräch über das Wollen und die Ziele der in Opposition zum Regime stehenden gesellschaftlichen Gruppe. Ihre Intentionen werden zweifellos von der Mehrheit der Bevölkerung Polens geteilt, die mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und mehr Mitverantwortung in ihrem Staat will. Die SPD sollte sich dem Wunsch nach einem Kontakt nicht verschließen.«⁷⁶

Auch der DGB befand sich im Spagat zwischen der Vermeidung einer Konfrontation mit dem Regime und einer informellen Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaften.⁷⁷ Einerseits unterstützte der DGB-Bundesvorstand insbesondere durch seinen internationalen Sekretär Erwin Kristoffersen die neue entstandene *Solidarność*. Auch protestierte er gegen die Verhaftung und Misshandlung von polnischen Gewerkschaftern und rief zu Aktionen wie »Solidarität mit Solidarność« oder »Solidarität für Polen – DGB« auf – übrigens gemeinsam mit Willy Brandt.⁷⁸ Andererseits war die generelle Haltung des DGB betont vorsichtig. Die Gesten der Anerkennung der offiziellen, von der PVAP unterstützten neuen Gewerkschaften, die nach dem Kriegsrecht in Polen entstanden sind, stießen auf das Unverständnis polnischer Dissidenten. Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung wie Klaus Reiff versuchten auch dabei zu vermitteln und über die polnische Enttäuschung zu informieren, jedoch ohne größeren Erfolg. So berichtete Klaus Reiff 1984 über ein Treffen der *Solidarność*-Berater Professor Bronisław Geremek und Tadeusz Mazowiecki mit sozialistischen Senatoren aus Italien und einer offiziellen Delegation von französischen Sozialisten:

»Außerordentlich bedauert wurde, dass bisher kein SPD-Politiker den Kontakt zur Opposition gesucht hat. In der TKK⁷⁹, so wurde mitgeteilt, habe man das Verhältnis zur SPD und zum DGB erörtert. Befremden hätten die Äußerungen von MdB Wischniewski zu Polen ausgelöst, insbesondere seine Auffassungen zu den neuen Gewerkschaften, wie sie in den Interviews mit polnischen Medien und Pressegesprächen zum Ausdruck gekommen seien.«⁸⁰

In ähnlicher Weise argumentierte auch Klaus-Peter Schneider, der die Koordinierung der Tätigkeit in Polen in den Achtzigerjahren übernahm:

»Aus Gesprächen am Rande des offiziellen Programms war zu entnehmen, dass insbesondere in intellektuellen und liberalen Kreisen in Polen eine kritische Einstellung gegenüber den engen Kontakten der SPD und der PVAP zu beobachten ist. Man wies darauf hin, dass die SPD die einzige demokratische Partei des Westens sei, die mit den polnischen Kommunisten auf Parteiebene einen solchen engen bis freundschaftlichen Umgang pflege. [...] In den o. g. Kreisen sieht man selbstverständlich ein, dass Kontakte zur Regierung (bzw. den Machthabern) des Landes sein müssen. Man

76 Handakten K.-P. Schneider, Notiz von Klaus Reiff an S. Bangert, Betr. Kontakte der Untergrund-»Solidarität« zur SPD, 30. Juli 1984.

77 Vgl. mit dem Beitrag von *Nathalie Bégin*, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Gründung von *Solidarność* und ihre Auswirkungen in Deutschland und Frankreich, in diesem Band.

78 Heinz O. Vetter, Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 30. Januar 1982, Solidarität mit *Solidarność*, Mühleim/Ruhr, DGB. Heinz O. Vetter an die Mitglieder des DGB Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Landesbezirke- und Kreise, betr. Vertreter der *Solidarność* in der Bundesrepublik, Düsseldorf, 19. März 1982, DGB. – Vgl. dazu auch den Beitrag von Dieter Bingen in diesem Band.

79 Tymczasowa Komisja Koordynacyjna – Temporäre Koordinierungskommission, ein Exekutivorgan der *Solidarność*.

80 Handakten K. Reiff, Notiz von Klaus Reiff, 25.05.1984, Akte Polen April 1984.

rätselt aber über die Hintergründe, die die deutschen Sozialdemokraten bewogen haben, ein solch intimes Verhältnis zur PVAP zu pflegen.

In Kreisen der PVAP, so wurde mir weiter hinterbracht, herrscht bei einigen nicht unwichtigen Personen aus der ›Betonfraktion‹ die Auffassung vor, dass die Kontakte zur Friedrich-Ebert-Stiftung von minderer Bedeutung seien, weil nun zur SPD-Bundestagsfraktion und einigen SPD-Politikern auf Länderebene die Beziehungen gut liefen. Die FES erscheint diesen Leuten als ein schwieriger und weniger leicht zu beeinflussender Partner. [...]

Auch der gesellschaftspolitische Berater von Primas Glemp, Herr Andrzej Micewski, der [...] auf unsere Einladung die Bundesrepublik besuchte, hatte in seinen Gesprächen – auch mit SPD Politikern – darauf hingewiesen, dass weitere Teile der polnischen Gesellschaft der Meinung sind, dass die SPD ihre Kontakte zu einseitig entwickelt und den Schwerpunkt ihrer Beziehungen zu stark auf die PVAP konzentriert.«⁸¹

Durch die Suche nach Kontinuität und nach Vermeidung der Konfrontation mit den offiziellen polnischen Ansprechpartnern wuchs die Entfremdung zwischen *Solidarność* und SPD.

2. Auftritt der Konrad-Adenauer-Stiftung auf der polnischen Bühne nach dem Wahlsieg der CDU

Eine wichtige Frage bei der Analyse der transnationalen Arbeit der politischen Stiftungen ist, wie sich ihre eigene Vorstellung und ihre Rezeption von außen im Spannungsfeld der politischen Machtumwälzungen ändert. Es kann die These gewagt werden, dass eine regierungsnahe Stiftung im Ausland an Wichtigkeit gewinnt und dass sich im Kontext der Auslandsarbeit gleichzeitig ihr Selbstverständnis ändert.⁸² So verstand sich die Friedrich-Ebert-Stiftung als Flanke gegenüber der Ostpolitik, solange die SPD an der Macht war. Andererseits ging sie mit ihren Kontakten über die SPD-Politik hinaus.⁸³

In einer ähnlichen Weise fing die Konrad-Adenauer-Stiftung an, sich erst nach der Regierungsübernahme durch die CDU 1982 stärker für Polen zu interessieren.⁸⁴ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Beziehungen zwischen den beiden Stiftungen in dieser Periode und auch nach dem Verhältnis der Konrad-Adenauer-Stiftung zu polnischen Ansprechpartnern. Einerseits begrüßte die Ebert-Stiftung die Tatsache, dass sich auch die anderen Stiftungen in den Dialog mit Polen einschalteten⁸⁵, andererseits

81 Peter Schneider, Informationsreise mit deutschen Journalisten nach Polen, vom 7.–16. Oktober 1985, 23.10.1985, Handakten K.-P. Schneider.

82 Vgl. *Sebastian Bartsch*, Politische Stiftungen. Grenzgänger zwischen Staaten- und Gesellschaftswelt, in: *Wolf-Dieter Eberwein/Karl Kaiser* (Hrsg.), Deutschlands Neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München 1998.

83 Im Allgemeinen muss hinzugefügt werden, dass die Stellung breiterer SPD-Kreise gegenüber der polnischen Opposition viel heterogener war, als die der Parteiführung. Kritische Meinungen gegenüber dem offiziellen Kurs, den z. B. Egon Bahr verkörperte, wurden z. B. von Intellektuellen wie Prof. Gesine Schwan (Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD in den Jahren 1977–1984 und dann wieder ab 1996) geäußert. Vgl. hierzu den Beitrag von Dieter Bingen in diesem Band.

84 Früher hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung vor allem einige Studienreisen für ihre Vertrauensdozenten nach Polen organisiert. Aktennotiz, 13. Dezember 1978. Betr. Gespräch bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik über Follow-up-Maßnahmen im Anschluss an das 2. deutsch-polnische Forum in Allenstein. Handakten K.-P. Schneider.

85 Schon früher, z. B. bei dem 2. Forum VRP – Bundesrepublik Deutschland in Olsztyn (Allenstein) im Oktober 1978, hatte der Vertreter der Ebert-Stiftung K. Reiff den Wunsch geäußert, »dass sich auch andere politische Stiftungen in Polen engagieren sollten, um deutlich zu machen, dass der Normalisierungsprozess von allen politischen Richtungen [...] getragen wird.« Klaus Reiff, Bericht 2. Forum VRP – Bundesrepublik Deutschland in Olsztyn (Allenstein)/Polen, vom 16. bis 20. Oktober 1978, S. 7, Handakten K. Reiff.

stellte sich für sie die Frage einer möglichen Konkurrenz mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Zunächst sahen sich die Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung genötigt, auch zur PVAP Kontakte aufzunehmen. Sie haben diese Kontakte sogar geschätzt, obwohl sie behaupteten, lediglich mit den kirchlichen Kreisen und nicht mit den Machthabern zu sprechen. So war der erste Besuch des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, in Polen von der PVAP erwünscht, auch weil die polnische Regierung Kontakte mit christdemokratischen Kreisen verstärken wollte. Heck sprach mit unterschiedlichen Personen. Er traf u. a. den Außenminister Kucza, drei hochrangige Vertreter der Kirchen, Vertreter des PISM, sowie den Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny*. In einem Radio-Gespräch kurz vor seiner Rückreise aus Warschau sagte Bruno Heck über seinen Besuch:

»Wir hatten ein sehr angenehmes Gespräch. Ich muss überhaupt sagen, die Gespräche waren nicht nur höflich, sie waren sogar, so habe ich es wenigstens empfunden, noch etwas mehr wie freundlich. Mein Eindruck ist, dass alle Stellen und alle Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, es für an der Zeit halten, auch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in ähnlicher Weise und in ähnlicher Breite Kontakte und Zusammenarbeit aufzunehmen, wie es ja schon die Jahre zuvor mit der Friedrich-Ebert-Stiftung geschehen ist. Und ich bin schon der Meinung, man mag bedauern, dass hier über die letzten Jahre dies und jenes eingefroren ist.«⁸⁶

Gleichzeitig wurde dieser Besuch von der Friedrich-Ebert-Stiftung beobachtet, die über die Ausschließlichkeit ihrer Kontakte mit den polnischen Institutionen besorgt zu sein schien:

»Grundsätzlich ist zu bemerken, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung erwartungsgemäß auf längere Sicht nicht zu einem Konkurrenten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen werden wird. Heck erklärte auch gegenüber dem Außenministerium und dem PISM, dass er den Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung über seine Polen-Reise informieren werde und eine gewisse Abstimmung der Polen-Aktivitäten beider politischen Stiftungen anstrebe. Bemerkenswert ist, dass der Polen-Besuch Hecks insbesondere von Seiten des ZK der PVAP forciert wurde, die offensichtlich lebhaft daran interessiert ist, nach Jahren der Abstinenz nun die Kontakte zur Union und ihren Institutionen herzustellen. Wesentlich reservierter verhielten sich demgegenüber kirchliche Kreise [...].«⁸⁷

Ab Mitte der Achtzigerjahre fing die Konrad-Adenauer-Stiftung an, Konferenzen mit der Katholischen Universität in Lublin (KUL) und einer ähnlichen Hochschule in Warschau (ATK) zu organisieren.⁸⁸ Sie vergab Stipendien vor allem an Vertreter der kirchlichen Kreise wie auch an Mitglieder von katholischen Laienorganisationen, wie dem *Klub der Katholischen Intelligenz* (KIK). Obwohl die ersten Besuche der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen längst nicht die Dimensionen des Austausches von der sozialdemokratischen Seite hatten, wurden deren Konsequenzen von der Friedrich-Ebert-Stiftung genau erwogen:

»Das künftige Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen bringt uns auf längere Sicht nicht in eine Konkurrenzsituation. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird gezwungen sein, sich zunächst ihre Kontakte aufzubauen und geeignete Partnerorganisationen zu finden. Dabei ist aber davon auszugehen, dass die KAS ebenfalls mit dem Polnischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten, mit dem wir eine Kooperationsvereinbarung geschlossen haben, zusammenarbeiten wird.

86 Handakten K.-P. Schneider, BDA Ostinformation, Radio Polonia-Deutsch, Gespräch mit Bruno Heck: (Verteiler an Kühn, Heck, Bangert, Kerbusch).

87 Klaus Reiff, 3.5. 84, Vermerk, Betr. Reise des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Polen vom 24.–27.4.1984, Handakten K. Reiff.

88 Gespräch mit Josef Thesing, Leiter der Abteilung Internationale Zusammenarbeit Konrad-Adenauer-Stiftung, am 28. Mai 2001 in Sankt Augustin; Gespräch mit Klaus Weigelt, Leiter der KAS-Außenstelle in Budapest, am 8. Mai 2003.

Dies wird sicherlich auch von polnischer Seite empfohlen werden. Hier wird dann zum gegebenen Zeitpunkt möglicherweise eine Koordinierung erforderlich werden. Was den kirchlichen Bereich betrifft, auf den sich wahrscheinlich zunächst das Interesse der KAS konzentrieren wird, sollten wir der Adenauer-Stiftung nicht allein das Feld überlassen, zumal im gesellschaftlichen Rat beim Primas der Wunsch besteht, mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in einen Kontakt zu kommen. [...] Es ist im Hinblick auf das Ansehen der FES in weiten Kreisen der Bevölkerung Polens erforderlich, den Anschein [zu] vermeiden, dass wir ausschließlich mit staatlichen Institutionen kooperieren, die katholische Kirche, als wesentliche gesellschaftliche Kraft in Polen, aus unseren Polen-Aktivitäten aber ausklammern.«⁸⁹

Seitdem bemühte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung, ihre Kontakte zu den kirchlichen Stellen zu erweitern. Bischöfe wurden besucht und die politische Macht der Kirche wahrgenommen:

»Der Papst-Besuch in Polen hat das innenpolitische Klima in diesem Lande so massiv verändert, wie es auch die größten Optimisten nicht zu erwarten wagten. Alle Seiten im Ringen dieses Landes um Verständigung und Normalisierung erschienen zufrieden gestellt. [...] Für die Kirche war der Papst-Besuch eine weitere Demonstration ihres Einflusses auf die Bevölkerung, ja ihrer Macht in diesem kommunistischen Staat.«⁹⁰

Folglich wurden soziale Mittler vom Gesellschaftlichen Rat bei Primas Józef Glemp nach Deutschland eingeladen. Gelegentlich kam es zu einer Zusammenarbeit beider Stiftungen. Im Einvernehmen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung lud die Friedrich-Ebert-Stiftung 1984 sechs Vertreter aus katholischen Laienorganisationen nach Deutschland ein.⁹¹ Kontakte dieser Art dienten der Friedrich-Ebert-Stiftung dazu, zu zeigen, dass sie nicht nur mit den parteistaatlichen Organen zusammenarbeite:

»Die Friedrich-Ebert-Stiftung deckt damit im Rahmen ihrer Polen-Aktivitäten das gesellschaftliche Spektrum von den offiziellen bzw. staatlichen Institutionen auf der einen Seite bis hin zur Kirche auf der anderen Seite ab.«⁹²

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung dienten die katholischen Organisationen als ein gewisser Ersatz für die von der SPD nicht gewünschten Kontakte mit dem polnischen Untergrund. Die Zusammenarbeit mit der kirchlichen Seite war weniger riskant und insgesamt von der PVAP akzeptiert:

»Abgestimmt werden beide Veranstaltungen von der katholischen Kirche im Rahmen der üblichen Kontakte mit der Parteiführung. Es ist nicht zu erwarten, dass sie Einwände erheben wird. Die Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, insbesondere das Polnische Institut für internationale Angelegenheiten, sind vom Berichterstatter bereits mündlich über die Aufnahme dieses neuen Kontaktes der Friedrich-Ebert-Stiftung unterrichtet worden [...] Sowohl beim Ministerrat als auch im Außen-

89 Friedrich-Ebert-Stiftung, 9 Januar 1984, Aktenvermerk, Betr. Tätigkeit der politischen Stiftungen in Polen, Handakten K.-P. Schneider.

90 Klaus Reiff, Zur Lage in Polen nach dem Papst-Besuch, Warschau den 25. Juni 1983, Handakten K.-P. Schneider, Akte Polen 1982–1983.

91 Es ging dabei um den Historiker und katholischen Publizisten Andrzej Micewski, den Rechtsberater des polnischen Episkopats und ehemaligen Berater der Gewerkschaft *Solidarność*, Prof. Wiesław Chrzanowski, den Vorsitzenden des Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) in Breslau, Kazimierz Czaplinski, den Redakteur der katholischen Zeitung *Królowa Apostolów*, Jacek Moskwa, den Redakteur der katholischen Wochenzeitung *Niedziela*, Juliusz Jan Braun. Friedrich-Ebert-Stiftung, Klaus Reiff, Polen, April 1984 (Planungen für eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Vertretern katholische Laienorganisationen Polens, 7.5.1984), Handakten K. Reiff.

92 Ebd., S. 2.

ministerium ist dieses Vorhaben der Friedrich-Ebert-Stiftung zustimmend aufgenommen worden.«⁹³

3. Die polnische Wende 1989 und die Stiftungen

Als 1989 die politische Wende in Polen eintrat, zeigte die deutsche Sozialdemokratie kein großes Interesse an diesem Umbruch⁹⁴ – dies wirkte sich auf die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung aus. Bei den ersten halbfreien Wahlen mit der Beteiligung von *Solidarność*-Vertretern am 4. Juni 1989 befanden sich sowohl Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung als auch der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau. Bei der Analyse von Dokumenten aus dieser Zeit stellt man fest, dass es die Konrad-Adenauer-Stiftung war, die nun als CDU-nahe Stiftung die politischen Früchte früherer Arbeit erntete.

Doch auch hier gilt es, den historischen Kontext zu berücksichtigen. Auf der einen Seite hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung als regierungsnaher Stiftung eine bessere Übersicht über die Situation. Sie bildete aber vor allem für die polnischen Oppositionellen, die eine Regierungsbeteiligung erwogen, einen interessanten informellen Kanal, der den Zugang zur Bundesregierung ermöglichen konnte. So fuhr die erste Delegation des Bürgerkomitees im Juli 1989 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Bonn.⁹⁵ Nach dem Empfang durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, führten die *Solidarność*-Vertreter Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Außenminister Hans-Dietrich Genscher sowie Wirtschaftsminister Helmut Haussmann.

Diesbezüglich hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine schwächere Position. Natürlich hatte sie weiterhin Kontakte zu einigen Dissidentenvertretern vor 1989 gepflegt. 1989 betrieb sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auf die Veranstaltungen, die sie in den Jahren vor der Wende auch mit der Teilnahme von Vertretern der Opposition veranstaltete. Es wurde daran erinnert, dass die Stiftung im März 1988 ein internationales Seminar zum Thema »Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik«⁹⁶ unter der Leitung von Horst Ehmke (MdB) organisiert hatte, an dem »Vertreter der SPD, und anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien, Vertreter der Friedensbewegung (insbesondere der kirchlich orientierten) sowie Vertreter der offiziellen Institutionen und der Opposition Osteuropas teilgenommen haben.«⁹⁷ Eine andere Veranstaltung hatte ein Jahr später zum Thema »Demo-

93 Ebd.

94 Gespräch mit Klaus Reiff in Berlin am 30. Juli 2004.

95 Presseinformation der KAS, Sankt Augustin, 6. Juli 1989, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACPD) Bestand 2/201/24–0. Die Delegation bestand aus Prof. Bronisław Geremek, Fraktionsvorsitzende der Gruppe des Bürgerkomitees im Sejm, Prof. Witold Trzeciakowski, Senator, Wirtschaftsexperte der polnischen Opposition, Zbigniew Bujak, stellvertretender Vorsitzender der *Solidarność*, Krzysztof Śliwiński, Leiter des Warschauer Auslandsbüros des Bürgerkomitees und Janusz Reiter, Publizist (und späterer polnischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland).

96 Die Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik, Dokumentation des Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 11.–13. März 1988 in Bonn, 1988. Unter den Teilnehmern aus den oppositionellen Kreisen können Bärbel Bohley oder Jiri Pelikan, MdEP, genannt werden.

97 Kontakte, Zusammenarbeit und Maßnahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit den neuen sozialen Gruppen und Bewegungen in Osteuropa, 20.06.1989, gesendet an die SPD Fraktion im deutschen Bundestag am 31.08.1989. Handakten K.-P. Schneider.

kratische Reformen und Europäische Sicherheit« stattgefunden.⁹⁸ Es stellt sich dabei die Frage, wem die Einladung von Vertretern der polnischen Opposition im März 1989 am meisten nützte: Die Initiative hatte ihre Kühnheit eingebüsst, da es meistens nicht mehr um verfolgte Dissidenten, sondern um inzwischen anerkannte und legitime Ansprechpartner der PVAP ging. Die Gespräche am Runden Tisch in Polen hatten ja bereits im Januar 1989 begonnen. Schon 1988 hatte die erste öffentliche Debatte im polnischen Fernsehen zwischen dem Vorsitzenden des staatlichen Gewerkschaftsbundes OPZZ, Konstanty Miodowicz aus der PVAP, und Lech Wałęsa stattgefunden. Deshalb war Wałęsa damals keine *persona non grata* der polnischen Regierung mehr, sondern ein Partner zum Dialog in einer sozial und wirtschaftlich angespannten Lage. Daher scheint es wichtiger für das Bild der Friedrich-Ebert-Stiftung gewesen zu sein, zu zeigen, dass sie auch mit den Oppositionellen Kontakte pflegte. Wałęsa besuchte Deutschland auf Einladung des DGB erst im September 1989.⁹⁹ Im Allgemeinen scheint es kein großes Interesse seitens der SPD-Führung gegeben zu haben, sich an diesen Umwälzungen in Polen zu beteiligen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung dagegen versuchte eine neue Strategie vorzuschlagen:

»Der Demokratisierungsprozess in Polen mit der Legalisierung der demokratischen Opposition, die in ihrem wesentlichen Kern sozialdemokratisch geprägt ist, verlangt auch Veränderungen in der seit 1970 bestehenden Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit polnischen Institutionen.«¹⁰⁰

Die Friedrich-Ebert-Stiftung schlug zwar vor, Vertreter der Bürgerkomitees für die Ausbildung in Wahlkampforganisation und kommunaler Selbstverwaltung nach Deutschland einzuladen, sie versprach jedoch gleichzeitig, dass die Kontakte zu den traditionellen Partnern der Friedrich-Ebert-Stiftung weiter gepflegt werden sollten.¹⁰¹ Im polnischen Außenministerium erklärte K. Reiff:

»Ich habe meine Gesprächspartner unter Hinweis auf das Wahlergebnis und den Demokratisierungsprozess in Polen davon unterrichtet, dass dies selbstverständlich Auswirkungen auf die Tätigkeit der Stiftung in Polen haben werde und wir künftig auch mit Einrichtungen der Opposition kooperieren. Dies bedeutete aber nicht den Abbruch unserer bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit mit den bisherigen Partnern.«¹⁰²

98 Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit, Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. März 1989 in Bonn. Der Teilnehmerkreis war ähnlich wie bei der ersten Konferenz zusammengesetzt, allerdings mit einer größeren Teilnahme von Vertretern der Opposition: Von der polnischen Opposition waren nach Ausweis der abgedruckten Teilnehmerliste anwesend: Jacek Czaputowicz (Mitbegründer von Frieden und Freiheit in Warschau), Maciej Kozłowski, (Mitglied von NSZZ Solidarność), Professor Dr. Hieronim Kubiak (Präsident des polnischen Friedenskomitees), Wojtek Lamentowicz (Mitglied des Bürgerkomitees, Berater und Mitglied von NSZZ Solidarność), Janusz Reiter (Journalist, Redakteur von *Przeгляд Katolicki*, Vorstandsmitglied vom Politischen Klub *Dziekania*) und Kazimierz Wóycicki (Leiter des Deutschland-Diskussionskreises, Klub der Katholischen Intelligenz, Sekretär beim Bürgerkomitee), aber auch Vertreter der Arbeiterparteien wie der langjährige Ansprechpartner der Friedrich-Ebert-Stiftung, PVAP-Abgeordneter und Mitvorsitzender des Forums BRD-Polen und der Arbeitsgruppe PVAP-SPD, Ryszard Wojna. Aus Ungarn und der Sowjetunion konnten mehrere Oppositionsvertreter teilnehmen, während aus der CSSR nur zwei, aus der DDR nur Wolfgang Templin, der sich ohnehin zu dieser Zeit in Bochum aufhielt, anwesend waren.

99 Unabhängig von den Gründen, die einen früheren Besuch unmöglich machten, zeigt sich hier, wie es Natalie Bégin in ihrem Beitrag formuliert, »ein fundamentaler Unterschied« zu der Politik der französischen Gewerkschaften.

100 Klaus Reiff, Bericht über Gespräche in Warschau nach den Wahlen zum Parlament und zum Senat, 6.–10. Juni 1989, S. 1, Handakten K.-P. Schneider.

101 Ebd. S. 5.

102 Ebd.

Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass die Marginalisierung dieser Ansprechpartner unvermeidbar war.

Der Vortrag von Bernhard Vogel, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung anlässlich der Eröffnung der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, der ersten Außenstelle östlich der Oder, am 10. November 1989 verdeutlicht die Nähe zwischen den damaligen regierungsnahen Milieus in den beiden Ländern. Nach seinem bemerkenswerten Aufenthalt in Polen musste Kanzler Helmut Kohl Warschau im November 1989 vorzeitig verlassen, weil die Berliner Mauer überraschend gefallen war. Mit zahlreichen symbolischen Gesten konnte die Konrad-Adenauer-Stiftung nun für Werte werben, die mit der deutschen Christdemokratie assoziiert wurden.¹⁰³ Dass die Konrad-Adenauer-Stiftung es so frühzeitig geschafft hat, eine Vertretung in Polen zu eröffnen, wurde von ihren Vertretern als Vorteil genutzt. Schon in seinem Vortrag am symbolischen Ort des Warschauer Königsschlusses hat Bernhard Vogel die Konrad-Adenauer-Stiftung als die erste »Brücke« zu den östlichen Nachbarn Deutschlands dargestellt.¹⁰⁴ Er würdigte den Katholiken und Widerstandsangehörigen Konrad Adenauer, um die Werte der CDU mit seiner Persönlichkeit – und mit dem Kreisauer Kreis – zu verbinden. Vogel unterstrich Adenauers Einsatz für »die Kontrolle der Macht durch Dezentralisierung und Föderalismus und die Perspektive einer europäischen Friedensordnung.«¹⁰⁵ Die Berufung auf den ersten Bundeskanzler gehörte zur CDU-Rhetorik dieser Zeit. In der Person des Katholiken und Europäers Adenauer sollte ein neues, unverbrauchtes Symbol der Verbindung zwischen beiden Nachbarn geschaffen werden. Laut Murray Edelman werden Politiker als Zeichen konstruiert, die bestimmte Werte verkörpern und damit dazu beitragen, in der unübersichtlichen politischen Welt Sinn zu stiften.¹⁰⁶ Wegen ihrer doppelten Regierungsnähe war die Konrad-Adenauer-Stiftung 1989 in einer komfortablen Lage: Sie konnte sich auch auf ihre bestehenden Kontakte mit dem demokratischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki berufen. Parallel zu dieser günstigen Ausgangslage ist es ihren Vertretern gelungen, Worte zu finden, die von der polnischen Seite erwartet wurden. Dazu gehörte, die europäischen Aspirationen der polnischen Gesprächspartner zu unterstützen, den historischen Rang der Versöhnung zu unterstreichen, vielfältige politische Unterstützung zu bieten und die CDU gleichzeitig als den natürlichen Ansprechpartner der polnischen Regierung darzustellen.

Seitens der SPD fehlte es an derartigen symbolischen Gesten. Die Person Willy Brandts als Nestor der deutsch-polnischen Versöhnung ist erst Ende der Neunzigerjahre durch die neue Regierung Gerhard Schröders in Polen mit einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung gewürdigt worden.¹⁰⁷ Auch in diesem Sinn scheint die SPD durch die Umwälzungen der Jahre 1989–1990 und die nuancierte Haltung des Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gegenüber den Ereignissen in der DDR und in Osteuropa überholt gewesen zu sein. Die Sozialdemokratie blieb der von ihr erfundenen Ostpolitik auch dann

103 Vgl. *Murray Edelman*, *Constructing the political spectacle*, Chicago 1988.

104 Von der Luftwaffe 1939 zerstört, 1944 völlig ausgebrannt, wurde das Königliche Schloss Anfang der Siebzigerjahre nach einer Entscheidung des Ersten Sekretärs der PVAP Edward Gierek wiederaufgebaut.

105 Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung anlässlich der Eröffnung ihrer Vertretung in Warschau, Rede von Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 10. November 1989, Königsschloss Warschau, ACPD, 2/201/24–0, S. 4.

106 *Edelman*, *Constructing*.

107 Wanderausstellung (von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet), Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, gezeigt u. a. in Warschau (Königliches Schloss), Breslau, Posen und Gleiwitz. *Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung* (Hrsg.), Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000.

noch treu, als sich die Verhältnisse, die sie einst erforderlich und erfolgreich gemacht hatten, grundlegend verändert hatten. Sie verlor in der Wendezeit den Einfluss auf die neue Elite und musste dem politischen Konkurrenten zunächst das Feld überlassen. Es muss aber hinzugefügt werden, dass die SPD nach 1989 von der allgemeinen Delegitimierung von sozialistischen Ideen in Polen, wie auch in manchen Nachbarländern, betroffen wurde.

Doch auch die christdemokratische Seite plagten hausgemachte Probleme. Der von der Konrad-Adenauer-Stiftung initiierte außenpolitische Dialog der Bundesregierung wurde nicht von sämtlichen Teilen der CDU begrüßt. Sowohl die deutsche Außenpolitik als auch das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen veranschaulichten die inneren Spannungen der deutschen Christlichen Demokratie. Die Vertriebenenkreise in der CDU und CSU lehnten den Versöhnungskurs ab und versuchten, Druck auf die Konrad-Adenauer-Stiftung auszuüben, indem sie ihr vorwarfen, deutsche Interessen zu ignorieren. Nachdem einige Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung wie Bernhard Vogel eine Erklärung der deutschen und polnischen Katholiken zum 1. September 1989 – dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen – unterzeichnet hatten, erklärte der Vorsitzende des BdV, MdB Herbert Czaja:

»Die Minister als Beamte im Ruhestand sind auch an die nachwirkenden Pflichten zur Beachtung der gesamtdeutschen Gebote des Grundgesetzes und der berechtigten Interessen Deutschlands verpflichtet. [...] Ministerpräsident a. D. Dr. Bernhard Vogel scheint nach dieser Erklärung nicht mehr geeignet zu sein, die Konrad-Adenauer-Stiftung zu leiten. Sie ist bei der Verwendung der hohen öffentlichen Mittel an die Beachtung der gesamtdeutschen Gebote des Grundgesetzes gebunden und sollte das geistige Erbe Adenauers, der sich gegen die Preisgabe von Teilen Deutschlands vor friedensvertraglichen Regelungen entschieden zur Wehr setzte, wahren.«¹⁰⁸

So wurde um das politische Erbe Adenauers zwischen zwei Flügeln der CDU gestritten. Im Kontext der Unterzeichnung des Vertrags über die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze klagte der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen empört:

»Die Warschauer Politik wird von einer Propagandawelle einer deutschen vertriebenenfeindlichen Polenlobby begleitet. [...] in die Diffamierung haben sich mehrere Institutionen eingeschaltet, die die Lage nur vom Schreibtisch her kennen und kräftig gegen Landsmannschaften und Bund der Vertriebenen hetzen. Dazu gehören hier und im polnischen Machtbereich die Adenauer-Stiftung unter dem in Rheinland-Pfalz gescheiterten Poleneuphoriker Bernhard Vogel, die hohe Staatsmittel für ein pompöses Kulturinstitut in Warschau ausgibt und mit den Deutschen in der Heimat nur über vertriebenenfeindliche Symposien Kontakt aufnimmt. Demgegenüber hat sich Helmut Kohl für engste Einbeziehung der deutschen Vertriebenen in die Hilfe und Zusammenarbeit mit den Freundschaftskreisen ausgesprochen! Die Adenauer-Stiftung erhält mehrere Millionen aus dem Auswärtigen Amt für die kulturelle Arbeit im polnischen Bereich! Adenauer könnte sich wegen deren anti-deutschen Verwendung im Grabe umdrehen.«¹⁰⁹

Obwohl die Zentrale der Stiftung ihre außenpolitische Strategie mit der Partei und den Bundesministerien abstimmt, ohne auf derartige Forderungen des Bundes der Vertriebenen Rücksicht nehmen zu müssen, zeigt dieses Beispiel den bestehenden Druck, der gelegentlich öffentlich zum Ausdruck kam. Inwieweit in solchen Fällen (wie z. B. bei deutsch-polnischen Spannungen aufgrund des Umgangs mit der Geschichte) die Stiftungen als Dämpfer von Emotionen handeln können, bleibt offen und muss in Einzelfällen untersucht werden.

108 BdV Pressemitteilung Nr. 70, Bonn, 9. August 1989, S. 2, ACPD, 2/201/24–0.

109 BdV Pressemitteilung Nr. 128, Czaja warnt vor der Isolierung und Gleichschaltung der Deutschen im polnischen Machtbereich, Bonn, 16. November 1990, ACPD, 2/201/24–0.

V. RESÜMEE

Zum Schluss sollte die Frage gestellt werden, ob das Jahr 1989 für die Friedrich-Ebert-Stiftung als Konsequenz und Krönung oder als Misserfolg der von ihr unterstützten sozialdemokratischen Ostpolitik zu werten ist. Wie viele andere wurde auch die Friedrich-Ebert-Stiftung durch die so nicht vorhersehbare Entwicklung in Polen überrascht, dennoch lag sie auf der Linie eines Teils ihrer auf friedliche Veränderung zielenden Politik. Damit wurde der ursprünglich bevorzugte Hauptstrang ihrer politischen Erwartungen, die auf einen Sieg eines wie auch immer gearteten Reformkommunismus (z. B. mit der Person Rakowskis an der Spitze) abzielten, nicht realisiert.

Inwieweit können die Ereignisse des Jahres 1989 als der Sieg der Maxime »Wandel durch Annäherung« betrachtet werden? Das Wort Wandel kann unterschiedlich interpretiert werden. Üblicherweise wird unter »Wandel« die Einführung von Pluralismus und Demokratisierung verstanden. Dies war aber nicht unbedingt das Ziel der SPD, die zwar auch in Polen demokratische Veränderungen wollte, sich aber nicht vorstellen konnte, dass diese auf dem Weg der *Solidarność* erreichbar sein könnten. Lange Zeit wirkte ihre Politik ungewollt stärker in der Richtung entspannter Kontakte mit den polnischen Machteinhabern als in der der Unterstützung von *Solidarność*. Auch das Wort »Annäherung« ist vieldeutig: Es wird als ein Prozess verstanden, der zwischen den demokratischen Kräften im Osten und Westen Europas stattfindet. Aber wenn man als Annäherung die Vermittlung bei der Zusammenarbeit zwischen der SPD und der PVAP versteht, könnte man meinen, dass der definitive Wandel trotz dieser Annäherung stattfand.

Insgesamt waren die Ereignisse des Jahres 1989 die Konsequenz der Entspannung zwischen den beiden politischen Blöcken. Sie zeigten aber gleichzeitig das zu lange Festhalten an den von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Mühe aufgebauten Beziehungen zu den alten Kräften des Regimes, mit denen sie die Ostpolitik begleitet hatte. In diesem Sinne blieb die Friedrich-Ebert-Stiftung der (intern keineswegs einheitlichen) SPD-Strategie verpflichtet, die von Timothy Garton Ash als »Liberalisierung durch Stabilisierung« bezeichnet wurde.¹¹⁰ Diese Strategie hat m. E. jedoch im kritischen Moment des Jahres 1989 in Polen weitgehend versagt. Die Ostpolitik der SPD wurde aber auch dann noch als die wichtigste Handlungsoption wahrgenommen, als die guten Beziehungen zur PVAP zu einem rituellen Austausch erstarrten, was die Wahrnehmung der veränderten Machtverhältnisse in Polen erschwerte.

Trotz der Enttäuschung wichtiger *Solidarność*-Vertreter über die Haltung der SPD blieben die Kontakte zur Friedrich-Ebert-Stiftung während der gesamten Achtzigerjahre erhalten. Obwohl eine genauere Analyse der Stipendienprogramme der politischen Stiftungen noch zu leisten ist, scheint für die meisten Stipendiaten der Aufenthalt in Deutschland eine Chance und eine Öffnung in einer Zeit gewesen zu sein, als die physischen und politischen Mauern Europa noch in zwei Teile zerschnitten. Die Namen der der polnischen Opposition nahe stehenden FES-Stipendiaten werden als Beleg zitiert, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht nur mit Vertretern der offiziellen Institutionen und Gewerkschaften, sondern auch mit einem breiteren Spektrum gesellschaftlicher Kräfte Kontakte pflegte.¹¹¹

110 Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.

111 Anmerkung von Klaus-Peter Schneider an Prof. Horst Ehmke MdB, 25. Februar 1993. Handakten K.-P. Schneider. Als Beweis, dass auch »viele führende Personen der *Solidarność* – bzw. der demokratischen Kräfte, die die Wende in Polen vollzogen haben – ehemalige Stipendiaten und Stipendiatinnen der Friedrich-Ebert-Stiftung sind« werden die Namen von Leszek Balcerowicz, Hanna Suchocka und Wojtek Lamentowicz zitiert.

Insgesamt kann man sagen, dass sowohl die Friedrich-Ebert-Stiftung als auch die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Vorreiterfunktion in Bezug auf die ihnen nahe stehenden Parteien einnahmen. Durch ihren Handlungsspielraum gelang es den Stiftungen, manche Partnerschaften voranzutreiben, Netzwerke zu verdichten und die gegenseitige Wahrnehmung positiv zu beeinflussen. So konnten und können sie die Regierungspolitik flankieren, ergänzen, ihr sogar bestimmte Impulse geben. Wenn es ihnen nicht gelingt, sich von der ihnen nahe stehenden Partei zu distanzieren, laufen sie jedoch Gefahr, die Verantwortung für deren politische Fehler teilen zu müssen.